

Inhaltsverzeichnis

1. Tasso Enzweiler
2. Ketchum Pleon
3. Hering Schuppener
4. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
5. Atlantik-Brücke
6. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit

Tasso Enzweiler

Tasso Enzweiler (*15. April 1964 in Oberhausen), Journalist und PR-Manager, ist Gründer und Partner der Managementberatung [Enzweiler & Partner](#). Davor war er Geschäftsführer der PR-Agenturen [Ketchum Pleon](#) und [Hering Schuppener](#) sowie der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), einer Lobbyorganisation der Metall-Arbeitgeber. Er ist Mitglied der [Atlantik-Brücke](#), Policy Research Fellow des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) und Autor des ÖkonomenBlog der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM).

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
2 Verbindungen und Netzwerke	2
3 Wirken	2
4 Zitate	3
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
6 Einzelnachweise	3

Karriere

- 9/2013 Gründung von [Enzweiler & Partner](#) (E & P) Partnerschaftsgesellschaft
- 6/2011 - 4/2013 Geschäftsführer und Leiter des Standorts Düsseldorf von [Ketchum Pleon](#)
- 2006 - 2011 Managing Director der [Hering Schuppener Consulting](#)
- 2002 - 2006 Geschäftsführer der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)
- 1992 - 2002 Chefreporter bei der Londoner "Financial Times" und der "Financial Times Deutschland", Redakteur für "Capital" und das "Manager Magazin"
- Erwerb eines MBA ab der WHU, Vallendar, sowie an der Kellogg School of Management, Chicago
- Promotion an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster
- Studium der Volkswirtschaft an der Universität zu Köln

Quelle: [\[1\]](#)[\[2\]](#)

Verbindungen und Netzwerke

- Mitglied der [Atlantik-Brücke](#)
- Policy Research Fellow des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#)
- Autor des ÖkonomenBlog der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)

Wirken

Tasse Enzweiler nimmt regelmäßig zur Wirtschaftspolitik Stellung und vertritt dabei neoliberale Standpunkte. [\[3\]](#)

Zitate

Auch wenn manches durch die rosarote Brille gesehen wird, so sind die wirtschaftlichen Vorzüge des TTIP unstrittig. Genauso wichtig aber auch: Ein Freihandelsabkommen wäre ein starkes politisches Signal für die Gestaltungskraft des Westens, würde Maßstäbe setzen für eine offene Wirtschaftsordnung und für die Sicherheitspartnerschaft in der NATO.

Quelle: [\[4\]](#)

Es ist nun mal so: Die US-Boys & Girls sind freiheitlicher orientiert, freuen sich über Erfolg, sind weniger neidisch, packen an und probieren mehr aus. Deutschland reguliert die Wirtschaft mit Normen und Steuern stärker, Erfolg wird eher missgönnt als jenseits des großen Teichs, hohe Gewinne und Vermögen sind in Deutschland tendenziell suspekt, viele junge Menschen nehmen gerne sichere Jobs beim Staat.

Quelle: [\[5\]](#)

Die ökonomische Theorie der Politik hat mit dem Konstrukt des nutzenmaximierenden, egoistischen Politikertypus eine Antwort gefunden. Nun, Altruismus und Politik sind sicher zwei Schuhe, die häufig nicht zusammenpassen. Auch ist es richtig, dass viele Politiker maximal bis zur nächsten Wahl denken. Doch solche generalisierenden Erklärungen helfen nicht weiter, der gesamte politische Berufsstand kann nicht einfach als egoistisch und kurzsichtig verteufelt werden. Wie sollte man sonst die große Reformleistung eines Gerhard Schröder und seiner Agenda 2010 einordnen? Wieso wagte der holländische Premier Wim Kok in den 90er Jahren den damals hoffnungslos erscheinenden Versuch, das verkrustete holländische Politiksystem zu reformieren und ein wegweisendes Bündnis für Arbeit zu installieren? Und wie lässt sich die formidable Energieleistung von Margaret Thatcher und Tony Blair einordnen, die beide auf ihre Weise Großbritanniens Struktursklerose durch mutige Wirtschafts- und Bildungsreformen abschafften und das Land in die erste Liga der globalen Wirtschaftsnationen zurückführten.

Quelle: [\[6\]](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ Partner, Webseite Enzweiler & Partner, abgerufen am 29. 09. 2015
2. ↑ PRREPORT vom 15. März 2013, Webseite abgerufen am 29. 09. 2015
3. ↑ Webseite Enzweiler & Partner, Auflistung der Veröffentlichungen, zuletzt aufgerufen am 15.7.2016
4. ↑ Transatlantische Werte neu justieren, Gastkommentar im Handelsblatt, 17. Juni 2013, zuletzt aufgerufen am 15. Juli 2015
5. ↑ Amerika, Du hast es besser, Gastkommentar im Handelsblatt, 9. Mai 2015, zuletzt aufgerufen am 15. Juli 2015
6. ↑ Wege aus dem Reformstau, Gastbeitrag im Handelsblatt, 9. Dezember 2015, zuletzt aufgerufen am 15.7.2016

Ketchum Pleon

Ketchum Pleon ist eine Agentur für Kommunikationsberatung und Public Relation (PR). Sie entstand im Januar 2010 durch die Fusion der in Europa tätigen Agentur Pleon und der weltweit agierenden Agentur Ketchum. Beide gehören zur US-amerikanischen **Omnicom Group**. Die Beratungsunternehmen treten global unter dem Namen "Ketchum" und in Europa als "Ketchum Pleon" auf. Ketchum Pleon entwickelt Kommunikationsstrategien und Kommunikationsprogramme für Unternehmen, Institutionen und Organisationen. Zu den angebotenen Leistungen gehören auch Politikbeobachtung sowie Lobby- und Medienarbeit.

Ketchum Pleon

Branche	PR- und Unternehmensberatung
Hauptsitz	New York; Sitz Europa und Deutschland: Bahnstraße 2, 40212 Düsseldorf
Lobbybüro	
Deutschland	
Lobbybüro	Brüssel
EU	
Webadress	www.ketchum.com und www.ketchum.de

Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss	4
2	Fallbeispiele und Kritik	4
2.1	Ketchum und Country Branding für Russland	4
3	Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	5
4	Personen	6
5	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	7
6	Einelnachweise	7

Lobbystrategien und Einfluss

- Wie ist die Lobbyarbeit organisiert?
- wichtige Personen (aktuell und ehemalig), z.B. Cheflobbyisten (in Berlin/Brüssel)
- Wichtige Verbandsmitgliedschaften und andere Netzwerk-Beziehungen
- Strategien: Ziele, erkennbare Konstanten, Einflussstrategien

Fallbeispiele und Kritik

Ketchum und Country Branding für Russland

2006 erhielt Ketchum 2 Millionen Dollar, den damaligen G8 Gipfel, den Russland veranstaltete, medial zu propagieren. ^[1]

2007 engagierte die russische Regierung Ketchum, um das zunehmend ramponierte Image aufzupolieren. Dazu sollte das Bild von Vladimir Putin, der russischen Regierung, des staatlichen Gasunternehmens Gazprom und des Militärs verbessert werden. Ketchum sollte vor allem die Energiesicherheit Russlands propagieren und gleichzeitig ausländische Investoren anlocken. Für einen zweimonatigen Vertrag bekam Ketchum 845.000 Dollar. ^{[1][2]} Im gleichen Jahr zahlte auch Gazprom monatlich 250.000 Dollar an die PR-Agentur, die im Gegenzug eine Vielzahl von Treffen mit amerikanischen Presse- sowie Regierungsvertretern organisierte. ^[3]

2008 wurde Ketchum erneut von der russischen Regierung als Teil einer groß angelegten Werbekampagne engagiert, um der Regierung dabei zu helfen, „[to] tell its story of economic growth and opportunity for its citizens“. ^[4] Ketchum arbeitete primär mit der Regierung und Gazprom zusammen. Von August 2008 bis Januar 2009 bezahlte Russland insgesamt 2,9 Millionen Dollar. Vor allem half Ketchum dabei die militärische Invasion Georgiens (2008) in einem guten Licht darstellen zu lassen. Die PR-Agentur organisierte zum einen ein CNN Interview für und mit Putin, zum anderen Treffen zwischen Reportern und hohen Regierungsbeamten sowie Vertretern von Gazprom. Auch plazierte Ketchum bezahlte Annoncen in der Washington Post und sorgte dafür, dass Putin zur „Person of the Year“ des Time Magazines wurde. ^[5]

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Die Global Headquarters von Ketchum befinden sich in New York. Ketchum, ein Unternehmen der Omnicom Group, ist in über 65 Ländern mit über 100 Niederlassungen tätig.

Der Hauptsitz der Ketchum Pleon GmbH ist Düsseldorf. Weitere Niederlassungen gibt es in Berlin, Bonn, Dresden, Frankfurt, München und Stuttgart. Der Honorar-Umsatz von Ketchum Pleon Deutschland wird für 2011 auf 42 Mio. Euro geschätzt. ^[6] Die Beratungsfelder sind:

- Ketchum Pleon Change (Bewältigung von Veränderungsprozessen)
- Crisis Management (Unterstützung bei der Prävention und Bewältigung von Krisen einschließlich Medienmanagement)
- Corporate Social Responsibility (Fragen der Globalisierung, Corporate Governance, ökologische Folgen unternehmerischen Handelns)
- Financial Communications (Kapitalmarktkommunikation bei Börsengängen, Fusionen u.ä.m. sowie die Vermittlung von Marken und Produkten von Banken, Versicherungen, Investmentgesellschaften usw.)
- Marketing (Marketing-Beratung sowie Kommunikationsdienstleistungen)
- Public Affairs (die Kernleistungen beinhalten unter anderem Politikbeobachtung, Planung und Umsetzung politischer Frühwarnsysteme, Strategieberatung, Lobbying, Coaching, Krisenkommunikation sowie Media Relations und Veranstaltungsmanagement)

Nach eigenen Angaben ist Ketchum Pleon Deutschlands führende Agentur für Kommunikationsberatung und europäischer Marktführer für Corporate Communications, Public Affairs, Change, Healthcare, Brand- und Sales Communications. Für das Unternehmen seien allein in Deutschland mehr als 350 Beraterinnen und Berater tätig. Zu den über 200 Klienten gehörten zahlreiche DAX-30 und Euro Stoxx-Unternehmen, Bundes- und Landesministerien sowie Non-Profit- Organisationen.

Kunden: Bosch, Henkel, ING, Pfizer, Mars, Renault, Total, Bundesministerium für Arbeit und Soziales - 2010 bis 2014, Bundesministerium für Finanzen - 2010 bis 2012

Personen

Ketchum International

Senior Partner und Chairman: Ray Kotcher

Senior Partner und CEO: Rob Flaherty

Deutschland (Ketchum Pleon GmbH)

Executive Board/Berater

- Dirk Popp (CEO seit Juni 2011), Geschäftsführender Partner des Standorts Dresden und gleichzeitig deutschlandweiter Leiter des Crisis-Management-Netzwerkes, arbeitet seit mehr als 15 Jahren für Ketchum Pleon. In dieser Zeit hat er die Crisis & Issues Practice in Deutschland und Europa etabliert.
- Christiane Schulz, Geschäftsführende Partnerin des Standortes Berlin
- Horst Wettlaufer (CFO), zuvor Chief Operating Officer für Finanzfragen bei McCann Erickson Deutschland.

Weitere Mitarbeiter sind/waren:

- Hans-Joachim Reck, Senior Advisor seit 1. September 2015. In dieser Funktion berät Reck „Kunden deutschlandweit, etwa beim Lobbying und dem Aufbau von Netzwerken auf bundes- und landespolitischer Ebene“^[7]. Reck war zuvor Bundesgeschäftsführer der CDU (1993-1996), Generalsekretär der CDU in Nordrhein-Westfalen (2003-2006), Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im nordrhein-westfälischen Landtag sowie Hauptgeschäftsführer des **Verbands kommunaler Unternehmen (VKU)**, 2007-2015). Zudem ist Reck u. a. Präsident des **Bundesverbands öffentliche Dienstleistungen (BVÖD)** und des **Europäischen Verbands der öffentlicher Arbeitgeber und Unternehmen (CEEP)**.
- [Tasso Enzweiler](#), von 6/2011 - 3/2013 Managing Director und Leiter des Standorts Düsseldorf, zuvor Managing Director bei [Hering Schuppener Consulting](#), ehemaliger Wirtschaftsjournalist bei: manager magazin, Capital, Welt, Financial Times Deutschland, ehemaliger Geschäftsführer der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#) und Autor des ÖkonomenBlog der INSM.
- [Andrea Fischer](#), Partnerin von Pleon 2006-2009, ehemalige Bundesministerin für Gesundheit 1998-2001, folgend Beraterin für Pharmaindustrie und Krankenkassen, seit 2012 Leiterin des Dezernats Finanzen, Gebäudewirtschaft und Krankenhäuser der Region Hannover.^[8]

Politikberatung in Berlin

Der Berliner Standort arbeitet unter anderem für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für das Bundesministerium der Finanzen. Das Büro berät darüber hinaus verschiedene Interessenvertretungen sowie zahlreiche international agierende Kunden in den Bereichen Food & Beverage, Energy & Sustainability sowie Healthcare.^[9] Berater in Berlin sind u. a.:

- Christiane Schulz, Geschäftsführende Partnerin
- Peter Strieder, Senior Partner, ehemaliger SPD-Politiker, ehemaliger Stadtentwicklungssenator von Berlin.
- Christof Biggeleben, Head of Campaigning, berät vor allem Ministerien, Organisationen und Verbände, zuvor bei Scholz & Friends Agenda tätig.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einelnachweise

- ↑ [1.01,1 Russia's Use of PR as a Foreign Policy Tool](#), von Robert Orttung, russia analytical digest 81 /10, abgerufen am 13. März 2014
- ↑ [Rebranding Russia](#), von Sheldon Rampton, PRWatch, 08. April 2007, abgerufen am 13. März 2014
- ↑ [Ketchum Caught "Man of the Year" Title for Putin](#), von Diane Farsetta, PRWatch, 20. Februar 2008, abgerufen am 13. März 2014
- ↑ [Ketchum Helps Russia with "Really Smart PR"](#), von Dianne Farsetta, PRWatch, 06. März 2008, abgerufen am 13. März 2014
- ↑ [Consultants Rush in to Help Russia](#), von Diane Farsetta, PRWatch, 11. Februar 2009, abgerufen am 13. März 2014
- ↑ [Ketchum Pleon Popp holt Campaigning-Chef für Berlin](#), PR-Magazin 5/2012
- ↑ [Ketchum Pleon Deutschland verpflichtet Hans-Joachim Reck](#), Pressemitteilung 11.9.2015
- ↑ [Lobbypedia Artikel Andrea Fischer](#)
- ↑ [Pressemitteilung vom 3. Mai 2012. Ketchum Pleon verpflichtet Head of Campaigning](#)

Hering Schuppener

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

HERING SCHUPPENER
Unternehmensberatung für
Kommunikation GmbH

Hering Schuppener war eine deutsche PR-Agentur, die 2020 mit [Finsbury](#) und The Global Park Group zu einer globalen Unternehmensberatung für strategische Kommunikation und Public Affairs mit dem Namen Finsbury Glover Hering fusionierte. ^[1] Die drei Unternehmen gehören mehrheitlich zur [WPP Group](#). Das Management-Team soll 49,999% der Anteile halten; WPP bleibt Mehrheitsgesellschafter. 2021 gaben Finsbury Glover Hering und die Sard Verbinnen & Company bekannt, dass sie sich zur [FGS Global](#) zusammenschließen. ^[2]

Im Zuge von Ermittlungen gegen [Stefan Mappus](#) (ehemaliger Ministerpräsident Baden-Württemberg) und [Dirk Notheis](#) ([Morgan Stanley](#)) wurden 2012 Büros von Hering Schuppener in Düsseldorf und Frankfurt durchsucht.

Die Agentur ist im [Transprenz-Register](#) der EU eingetragen: laut eigenen Angaben betrugen die Ausgaben für Lobbyarbeit auf EU-Ebene zwischen 900.000 und 999.999 Euro. ^[3]

Rechtsform GmbH

Tätigkeitsbereich PR-Agentur
ch

Gründungsdatum 1995
um

Hauptsitz Berliner Allee 44, 40212
Düsseldorf

Lobbybüro

Lobbybüro EU Rue de la Science 41, 1040
Brüssel

Webadresse fgsglobal.com

Inhaltsverzeichnis

1 Fallstudie	8
2 Kurzdarstellung und Geschichte	8
3 Struktur, Geschäftsfelder, Umsatz	9
4 Verbindungen und Netzwerke	9
5 Weiterführende Informationen	9
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	9
7 Einelnachweise	9

Fallstudie

Beim umstrittenen EnBW-Deal, den der frühere baden-württembergische Ministerpräsident **Stefan Mappus** und der damalige Deutschlandchef von **Morgan Stanley**, **Dirk Notheis**, am Parlament vorbei eingefädelt hatten, war Hering Schuppener im Auftrag von **Morgan Stanley** als Berater tätig. Notheis hatte Mappus im Herbst 2010 empfohlen, als "Medienberater" einen Mitarbeiter von Hering Schuppener zu beauftragen.^[4] "Er wird den richtigen Spin bei FAZ, Handelsblatt, FTD etc. erzeugen und Dich aufs Titelblatt bringen."

Von Hering Schuppener wurde Mappus dann mit Argumentationshilfen (Multiples) versorgt. In einer E-Mail zwischen einem Morgan-Stanley-Banker und einem PR-Berater von Hering Schuppener heißt es^[5]: "Herr Mappus wird und soll nicht über Multiples reden, das wäre nicht authentisch."

Der Medienberater **Folker Dries** von Hering Schuppener (früherer Ressortleiter bei der FAZ) kam auf die Idee, zur Vorbereitung des Deals am Sonntagabend, dem 5. Dezember 2010, einen Redakteur der FAZ hinzuzubitten.^[6] Erst für den folgenden Tag war eine Sondersitzung des Kabinetts anberaumt. Mappus gab dem FAZ-Journalisten ein Interview, noch ehe das Geschäft eingetütet und von den zuständigen Gremien abgesegnet war.

Im Rahmen ihrer Ermittlungen gegen Mappus und Notheis durchsuchte die Staatsanwaltschaft am 11. Juli 2012 die Düsseldorfer Büros von Hering Schuppener.^{[7][8]}

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Hering Schuppener-Gruppe wurde 1995 von **Ralf Hering** und **Bernd Schuppener** gegründet. Ralf Hering verstarb am 16. Februar 2018.^[9] **Folker Dries** übernahm die Geschäftsführung.^[10] Die Gruppe gehört inzwischen zur britischen **WPP Group**. Sie ist Gründungsmitglied des **AMO Netzwerks**, eines weltweit führenden Konsortiums von Beratungsgesellschaften für Finanz- und Unternehmenskommunikation.

Die Agentur bietet umfangreiche Dienstleistungen an: vom Coaching und der Krisenkommunikation bis zur Medienarbeit und dem Medientraining reicht. Zur Medienarbeit gehört auch, Einfluss auf die Berichterstattung im Sinne der Kunden zu nehmen. Die Berater von Hering Schuppener verfügen über exzellente Kontakte zu Entscheidungsträgern in der Wirtschaft, der Politik und den Medien.

Struktur, Geschäftsfelder, Umsatz

Der Hauptsitz ist Düsseldorf. Weitere Büros gibt es in Frankfurt am Main und Berlin. Die Tochtergesellschaft **Hering Schuppener Healthcare** Unternehmensberatung für Gesundheitskommunikation hat ihren Hauptsitz in Hamburg. Eine weiteres Unternehmen der Hering Schuppener-Gruppe ist die **Hering Schuppener Consulting** Strategieberatung für Kommunikation GmbH, Düsseldorf.

Verbindungen und Netzwerke

Bernd Schuppener (Geschäftsführender Gesellschafter) Seine Karriere begann 1982 beim **ZDF** als Assistent des damaligen Intendanten **Dieter Stolte**. 1990 wechselte er in die Kommunikationsberatung als Geschäftsführer von **ABC/EUROCOM** Corporate & PR^[11]

Henriette Peucker, Managing Director, Lebensgefährtin vom **Jörg Asmussen**, 2008 - 2015 Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium^[12] Seit 2016 tätig für die Investmentbank Lazard.

Quelle: ^[13]

(Stand: Juli 2018)

Weiterführende Informationen

- Martin Noé und Ursula Schwarzer: **Wirtschaft und Medien Halt die Presse**, Manager-Magazin vom 11. Juli 2007

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einelnachweise

1. ↑ **Hering Schuppener** fusioniert mit Finsbury und Glover Park, wuv.de vom 07.07.2020, abgerufen am 04.07.2022
2. ↑ **About us**, fgsglobal.de, abgerufen am 04.07.2022
3. ↑ **Eintrag 2017**, Lobbyfacts.eu, zuletzt aufgerufen am 16.7.2018
4. ↑ Baden-Württemberg Verhängnisvolle Freundschaft, Der Spiegel vom 16. Juli 2012, S. 23
5. ↑ Der Spiegel vom 16. Juli 2012, S. 23
6. ↑ **Reiner Ruf: EnBw-Untersuchungsausschuss Die OEW springen Mappus bei**, Stuttgarter Zeitung vom 25. Mai 2012
7. ↑ **Ermittlungen gegen Stefan Mappus Staatsanwaltschaft besucht Hering Schuppener**, PR Report vom 12. Juli 2012, Website prreport, abgerufen am 28. Juli 2012

8. ↑ [Mappus-Affäre weitet sich aus: Razzia in Düsseldorfer Unternehmen](#), Rheinische Post, 11. Juli 2012, zuletzt aufgerufen am 16.7.2018
9. ↑ [Hering Schuppener: Agenturgründer Ralf Hering ist tot](#), Horizont.net, 19. Februar 2018, zuletzt aufgerufen am 16.7.2018
10. ↑ [Folker Dries ist Geschäftsführer von Hering Schuppener](#) Kress News, 16. März 2018, zuletzt aufgerufen am 16.7.2018
11. ↑ <http://www.communicationmanagement.de/index.php?id=1258> Website Universität Leipzig]
12. ↑ [Der Gehilfe](#) faz.net vom 25.08.2012, abgerufen am 01.01.2014
13. ↑ [Unser Team](#) Webseite Hering Schuppener, abgerufen am 30.07.2018

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine PR- und Lobby-Organisation, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie (Gesamtmetall), zu der auch die Automobilindustrie gehört, finanziert wird.

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Muttergesellschaft die [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#) ist.^[1] Für ihre im Auftrag von Gesamtmetall betriebene Lobbyarbeit erhielt die INSM im Jahr 2024 zwischen 5.650.000 und 5.700.000 Euro.^[2] Die Gesamtzahlungen summierten sich seit 2000 auf rund 100 Mio. Euro.^[3]

Die INSM platziert ihre politischen Botschaften bei Entscheidungsträger:innen und in der Bevölkerung und will u. a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt, Sozial- und Tarifpolitik und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen und am Wettbewerb ausgerichtet werden. Das beinhaltet auch die Abschwächung von klimapolitischen Regulierungen.

Die INSM greift seit einigen Jahren mit hohem finanziellen Aufwand über entsprechende Kampagnen in den Wahlkampf zugunsten wirtschaftsnaher Parteien ein und verändert dadurch die Erfolgschancen der Parteien im Wettbewerb um Wählerstimmen. So arbeitete bei der Agentur Commarco Communications ein maßgeschneidertes Team exclusiv für die INSM, das projektbezogen von Spezialisten aus der Commarco-Gruppe unterstützt wurde.^[4]

Die polemischen Kampagnen der INSM werden auch in der wirtschaftsnahen Presselandschaft zum Teil kritisch gesehen. So heißt es 2021 in der "Wirtschaftswoche": "Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß".^[5]

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Propagierung marktliberaler Reformen
Gründungsdatum	2000
Hauptsitz	Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	insm.de

Die INSM hat sich unter ihrem neuen Geschäftsführer Thorsten Alsleben (CDU) nach eigenen Angaben 2023 neu aufgestellt und räumt ein, dass sie sich früher im Ton vergriffen habe und Marketingmaßnahmen nicht immer transparent gewesen seien.^[6] Kampagnen, welche einzelne Politiker individuell angreifen, gehörten der Vergangenheit an. Der „Tagesspiegel“ hat bereits Ende 2022 befürchtet, dass die INSM mit Alsleben nach rechts rücken könnte.^[7] Diese Einschätzung scheint sich zu bestätigen. So war die INSM Partner der [Berlin Campaign Conference](#), die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.^[8] Ein weiterer Partner war die rechte Denkfabrik [Heritage Foundation](#), die in ihrem "Project 2025"^{[9][10]} eine Blaupause für den autoritären Umbau des Staates in den USA entwickelt hat.

Inhaltsverzeichnis

1	Eigene Außendarstellung der INSM	12
2	Entstehungsgeschichte	12
3	Ziele	12
4	Organisationsstruktur und Personal	14
4.1	Team	14
4.1.1	Geschäftsführer Thorsten Alsleben	14
4.1.2	weitere Mitglieder	14
4.2	Paten	15
4.3	Wissenschaftliche Beratung	15
5	Aktivitäten	15
5.1	Studien	16
5.2	ÖkonomenBlog	16
5.3	Veranstaltungen	16
5.4	Unterrichtsmaterialien und Bildung	16
5.5	Aktivitäten zu Bundestagswahlen	17
6	Politische Kampagnen	17
6.1	2025: Unterstützung der Initiative Transparente Demokratie	17
6.2	Kampagne zum "Bürokratieabbau" 2024	17
6.3	Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz 2021	18
6.4	Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock 2021	18
6.5	Anzeigenkampagne gegen Olaf Scholz 2021	19
6.6	Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik" 2019	19
6.7	Kampagnen gegen einen "politischen Mindestlohn"	19
6.8	Kampagnen zum Thema Rente	19
6.9	Einschaltung von Agenturen	20
7	Auftritte bei Parteitagen von CDU, SPD und FPD	20
8	Internationale Verbindungen	21
8.1	Partner der Berlin Campaign Conference 2024	21
9	Kritik an der INSM	21
9.1	Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD	21
9.2	Verhältnis zu den Medien	22
9.3	Schleichwerbung	22
9.4	Einschüchterung von Journalist:innen	22
9.5	Einwirkung auf Suchmaschinen	22
9.6	Falsche Darstellung von TTIP-Studien	23
10	Aufgelöste/inaktive Gremien	23
10.1	Beirat	23

10.2 Kuratorium	23
10.3 Förderverein	23
10.4 Botschafter:innen	25
11 Zitate	29
12 Weiterführende Informationen	29
13 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	29
14 Einelnachweise	29

Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich als „parteiübergreifende Reforminitiative“.^[11] Der Begriff "Initiative" ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei [Gesamtmetall](#), die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in der INSM aktiven Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden, in der für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr ist.

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.^[12] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr/INSM ist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.^[13] 2007 firmierte die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wurde der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt.

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.^[14] Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.^[15]

Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.^[16]

Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig. [17]

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile weitgehend eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen möglichst zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe'“.

In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer:innen stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar.

Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird problematisiert und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Aus Sicht der Arbeitgeber:innen haben private kapitalgedeckte Versicherungen den Vorteil, dass sie allein durch die Arbeitnehmer:innen bezahlt werden, gesetzliche Versicherungen aber werden von den Arbeitgeber:innen mitfinanziert. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Nach Recherchen des Journalisten Thomas Fricke kämpft die INSM seit Jahren

- gegen Vermögensteuern
- gegen höhere Erbschaftsteuern
- stattdessen für sinkende Steuern für Reiche und Unternehmen
- gegen den Mindestlohn
- gegen ein Aus für Verbrenner-Motoren
- gegen Hindernisse, die Leute auf Zeit oder mit Werkverträgen zu beschäftigen
- gegen das Lieferkettengesetz
- gegen Geld-Transfers für andere EU-Länder
- gegen Umverteilung (nach unten)
- gegen Rettungsschirme der Europäischen Zentralbank in Krisenzeiten
- und gegen gemeinschaftliche Finanzierung großer Projekte und Reformen in der EU.

Quelle: [18]

Organisationsstruktur und Personal

Team

Die Mitglieder des Teams sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

Geschäftsführer Thorsten Alsleben

Der Geschäftsführer der INSM ist seit April 2023 Thorsten Alsleben (CDU).^[19] Zuvor war Alsleben neun Jahre lang Hauptgeschäftsführer der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#). Er steht dem CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, der ihn dort als Geschäftsführer einsetzte, nahe. ^[20] Alsleben selbst bezeichnet sich auf Twitter als "Christlich.ordoliberal. Konservativer Modernisierer".^[21] Laut „Tagesspiegel“ soll er selbst dem Vorsitzenden Friedrich Merz zu reaktionär sein.^[22] Alsleben ist laut "Correctiv" evangelikaler Christ.^[23]

Alsleben nahm mehrfach an Veranstaltungen mit internationalen Konservativen, Autoritären, sowie christlichen Fundamentalisten teil.

Im Februar 2025 trat er als Redner auf einer Konferenz der „Alliance for Responsible Citizenship“ in London auf^[24], bei der 4.000 „Antifeministen, christliche Fundamentalisten und Demokratiefeinde“ aufeinandertrafen.^[25] Weitere Teilnehmende waren unter anderem der Sprecher des US-Repräsentantenhauses Mike Johnson, Tory-Vorsitzende Kemi Badenoch, Peter Thiel, Vivke Ramaswamy, Reform UK-Vorsitzender Nigel Farage und Kevin Roberts, Präsident der umstrittenen [Heritage Foundation](#).^[26] Aus Deutschland nahmen unter anderem die Vorsitzende des Pro-Life-Vereins "Aktion Lebensrecht für alle" (ALfa e.V., Mitglied im [Bundesverband Lebensrecht](#)) Cornelia Kaminski und die ehemaligen AfD-Vorständinnen Frauke Petry und Joana Cotar teil.^[25] Zu den Teilnehmern gehörten auch Vertreter von großen Öl- und Gaskonzernen wie [BP](#), Koch Industries und Valero Energy.^[27]

Anfang September 2024 trat Alsleben als Redner bei der [Berlin Campaign Conference](#) auf, die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.^[28] Als weitere Referent:innen waren rechte US-Lobbyist:innen, Anhänger von Donald Trump und ein Vertreter der umstrittenen [Heritage Foundation](#) geladen, die mit ihrem "Project 2025" eine Blaupause für den autoritären Umbau des amerikanischen Staatsapparats nach einem zweiten Wahlsieg Trumps entwarf.^{[29][30]}

Im August 2024 stand Alsleben wegen eines queerphoben Reposts auf X in der Kritik, in dem es zu queeren Menschen hieß: »Vögelt mit wem ihr wollt, wenn ihr erwachsen seid, lasst Euch abschnippeeln oder annähnen, was ihr wollt«, aber »geht mir damit nicht auf die Nerven, lasst es Euch nicht von mir bezahlen und vor allem Finger weg von den Kindern«.^[31] Parteiinterne Kritik kam unter anderem von der Lesben- und Schwulenunion der CDU (LSU). Der Vorsitzender der LSU sagte, Alslebens Vorgehen zeige, »dass er Hass und Hetze gegen LGBTIQA+ nicht nur toleriert, sondern auch aktiv unterstützt«. Auch von der FDP-LGBTIQA+-Gruppe LiSL wurde Alsleben kritisiert.^[31]

weitere Mitglieder

- Michael Burbach, Prokurst (lt. Eintrag im Handelsregister), zugleich Prokurst beim [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#)

- Carl-Victor Wachs, Leiter Kommunikation und Presse, zuvor: Politikredakteur bei der "Bild"-Zeitung und Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Bundestag. [\[32\]](#) Wachs war einer der Redner bei der [Berlin Campaign Conference](#). [\[33\]](#)
- Lisa Wandel, Leiterin Kampagne, zuvor: Mitarbeiterin der Agentur Philipp und Keuntje, für die sie jahrelang führende Unternehmen, Bundesministerien und Verbände als Account Direktorin in den Bereichen Kommunikation, Digitales Marketing und Strategie betreut und beraten hat. [\[34\]](#)
- Stephan Einenckel, Cheflobbyist, zuvor: Referent für Wirtschaftspolitik und politische Kontakte bei [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- (ab 01.01.2025) Stefan Schööncke, Chefvolkswirt, war von 2016-2022 wirtschaftspolitischer Referent im Bundestagsbüro von Carsten Linnemann, der seit Juli 2023 Generalsekretär der CDU ist
- Philipp Despot, Senior Referent Volkswirtschaft & politische Strategie, zuvor: wissenschaftlicher Mitarbeiter beim CDU-Bundestagsabgeordneten Tilman Kuban, Pressesprecher der Jungen Union, Kampagnenreferent bei der CDU [\[35\]](#)

Paten

Im Rahmen der Kampagne zum „Bürokratieabbau“ sind erstmals Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU-Fraktion und der FDP als sog. „Paten“ auserkoren worden, die für bestimmte Gesetze (oder deren Abschaffung) eine Patenschaft übernehmen und über die INSM-Webseite darüber berichteten. [\[36\]](#) Zu den Bundestagsabgeordneten, die sich als „Bürokratiepaten“ betätigen, gehören Abgeordnete wie [Philipp Amthor](#) (CDU/CSU), [Gitta Connemann](#) (CDU/CSU), [Julia Klöckner](#) (CDU/CSU) und [Klaus-Peter Willsch](#) (CDU/CSU) sowie [Philipp Hartewig](#) (FDP) und [Rainer Semet](#) (FDP). [\[37\]](#)

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das [Institut der deutschen Wirtschaft](#), das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem [Institut für Demoskopie Allensbach](#) [\[38\]](#) - zusammen.

Aktivitäten

Die INSM ergänzt die klassische Lobbyarbeit von [Gesamtmetall](#). Sie beschreibt ihre Tätigkeit wie folgt [\[39\]](#) :

Es werden Studien in Auftrag gegeben und die Resultate als Reformimpulse in die Politik weitergegeben. Dies geschehe durch Positionspapiere, Broschüren und Executive Summarys, welche in Mailings an MdB und Ministerien versandt werden. Darüber hinaus organisiere die INSM regelmäßig Veranstaltungen, welche Impulse an MdB, Bundesregierung und Ministerien vermitteln sollen. Zudem werbe sie auch öffentlichkeitswirksam im Rahmen thematischer Kampagnen für marktwirtschaftliche Reformen. Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien (auch über Medienkooperationen), die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die vom [Institut der deutschen Wirtschaft \(IW\)](#) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nach wie vor eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

ÖkonomenBlog

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autor:innen sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler:innen (Professor:innen und Mitarbeitende von Instituten).

Veranstaltungen

- [Wahldebatte 2021](#), zuvor [Wahlarena 2017](#), ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)
- [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#) ist eine weitere Veranstaltungsreihe von "Die Welt" und INSM
- [Webinare](#) u.a. zu Renten- und Sozialpolitik, Mindestlohn, Freihandel
- [Hauptstadtforum](#) war eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)

Unterrichtsmaterialien und Bildung

Bis 2014 betrieb die INSM das Internetportal "[Wirtschaft und Schule](#)", das Unterrichtsmaterialien für Lehrer:innen zur Verfügung stellt. Kritiker:innen bemängelten, dass die INSM "Einfluss auf Unterrichtsinhalte an allgemein bildenden Schulen ausüben" würde.^[40] Konzipiert wurden die Materialien vom [Institut der deutschen Wirtschaft \(IW Köln\)](#), das 2014 die Trägerschaft des Portals von der INSM übernahm.^[41] Das entsprach einer großen Änderung, da die INSM selbst ein Tochterunternehmen des IW Köln ist.

Das [Portal](#) stellt Lehrer:innen fertig benutzbare Materialien für den Unterricht in allen Schulstufen zur Verfügung. Dabei werden folgende Themenbereiche abgedeckt:

- Haushalt und Geld
- Unternehmen und Markt
- Staat und Wirtschaftspolitik
- Berufsorientierung und Arbeitsrecht
- Europa und die Globalisierung

Kritische Einordnungen finden sich hier:^{[42][43][44]}

Die [iw medien](#) hat 2014 eine "Kampagne gegen Fachkräftemangel" auf den Weg gebracht und schickt seitdem "M (Metall) + E (Elektro) InfoTrucks" in Schulen und Unternehmen.^[45]

Die INSM veröffentlicht jährlich einen sogenannten Bildungsmonitor, in dem Bildungssysteme aus Sicht der Wirtschaft bewertet werden. Dabei wird explizit eine ökonomische Perspektive vertreten. In Medienberichten darüber ist dann jedoch allgemein von guten oder schlechten Bildungssystemen die Rede. [\[46\]](#) Der deutsche Lehrerverband lehnt das Ranking ab. [\[47\]](#)

Mit einem Promotionskolleg zur Sozialen Marktwirtschaft kooperiert die INSM mit der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung. [\[48\]](#)

Aktivitäten zu Bundestagswahlen

Die INSM wird regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. Im Wahljahr 2021 organisierte die INSM gemeinsam mit der Tageszeitung „Die Welt“ verschiedene Veranstaltungen, die sich laut Christian Stöcker nur als „Wahlkampf-Events für die Union“ deuten lassen. [\[49\]](#)

Anlässlich der Wahl 2017 veranstaltete die INSM in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“ [\[50\]](#) In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfs 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben. [\[51\]](#)

Politische Kampagnen

Die INSM trat mit der Kampagne „Sozial ist, ...“ 2000 erstmals in der Öffentlichkeit auf. Seitdem verwendet sie den Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ immer wieder. [\[52\]](#) Er wurde in den folgenden Jahren von CSU, CDU und, in leicht abgeänderter Form, FDP in deren jeweiligen Wahlprogrammen aufgegriffen. [\[53\]](#) Der Satz „Sozial ist, wer Arbeit schafft“ stammt von Alfred Hugenberg (1865–1951), dem Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Ernährungsminister in Hitlers erstem Kabinett. [\[54\]](#)

Die aktuellen Kampagnen sind [hier](#) abrufbar. Einige Kampagnen werden im Folgenden erläutert:

2025: Unterstützung der Initiative Transparente Demokratie

Alsleben ist Gründungsmitglied der [Initiative Transparente Demokratie](#), die gegen eine vermeintliche Übermacht von „NGOs“ – insbesondere Umweltverbände und Initiativen gegen Rechtsextremismus – polemisiert. [\[55\]](#) Weitere Informationen zu diesem Thema finden sich in der Studie [DESINFORMATION, DIFFAMIERUNG UND DEFUNDING: ZIVILGESELLSCHAFT UNTER DRUCK](#) von LobbyControl.

Kampagne zum "Bürokratieabbau" 2024

LobbyControl berichtete am 12. Juli 2024 über die PR -Kampagne der INSM zum Bürokratieabbau. [\[56\]](#) Dieser Begriff werde als Feigenblatt genutzt, um ganz bestimmte Gesetze für Konzerne zu verhindern. Das könne zu Lasten des Gemeinwohls gehen – etwa wenn der Schutz von Menschenrechten in Lieferketten nur als Bürokratie-Last dargestellt werde. Für die aktuelle Kampagne zu „Bürokratieabbau“ schalte sie regelmäßig großflächige Anzeigen in Zeitungen und auf Social Media-Plattformen.

Außerdem seien diverse „Bürokratie-Paten“ auserkoren worden, die für bestimmte Gesetze (oder deren Abschaffung) eine Patenschaft übernehmen und über die INSM-Webseite darüber berichteten. Zu diesen Paten gehörten hauptsächlich Abgeordnete von CDU/CSU, z.B. Julia Klöckner oder Philipp Amthor sowie einige FDP-Abgeordnete.

Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz 2021

Die INSM schaltete am 8. Juni 2021 eine Reihe von Zeitungsanzeigen gegen das deutsche Lieferkettengesetz. Das Gesetz soll Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards.

Die Kampagne war in den überregionalen Zeitungen FAZ, Welt und Handelsblatt erschienen. Es hieß darin, das Gesetz führe zu „überbordender Bürokratie“, stelle Unternehmen unter „Generalverdacht“ und zuletzt: „Das geplante Gesetz legt den Handel an die Kette, begrenzt unternehmerische Freiheit und führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort“.^[57]

Organisationen wie UNICEF forderten hingegen, das Gesetz müsse nachgeschärft werden, damit es überhaupt Wirkung erzeugen könne.^[58] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte bereits zuvor kritisiert, dass Wirtschaftsverbände Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das „sachlichen Grundlagen entbehre“.^[59]

Dem Argument, die deutsche Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten, wurde bereits 2021 von führenden Ökonom:innen wie Prof. Dr. Peter Ulrich, dem Makroökonom Prof. Hans Jörg Herr und der Betriebswirtin Prof. Dr. Elisabeth Fröhlich widersprochen.^[60]

An der Kampagne beteiligten sich die folgenden Verbände: Arbeitgeberverband Gesamtmetall; Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft; BDA Die Arbeitgeber; Hauptverband der Deutschen Bauindustrie; BAVC – Die Chemie Arbeitgeber; BDE: Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft; BGA Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen; Die Familienunternehmer; BDL – Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen; Markenverband; Textil + Mode Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie; VDM Verband Deutscher Metallhändler; VDMA Verband deutscher Maschinen und Anlagenbauer; VdR – Verband der deutschen Rauchtabakindustrie; VKE-Kosmetikverband; WSM-Net: Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.; Wirtschaftsvereinigung Metalle; ZDB Zentralverband Deutsches Baugewerbe; Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks; ZVEI Die Elektroindustrie

Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock 2021

In einer Anzeigenkampagne positionierte sich die INSM Mitte Juni 2021 mit einem direkten Angriff auf das Wahlkampfprogramm der Partei Bündnis 90/Die Grünen.^[61] Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock wird in der Anzeige als Moses mit Gesetzestafeln inszeniert, das politische Programm der Grünen wird als drohende „Staatsreligion“ betitelt. Die Anzeige erschien ganzseitig in den Printausgaben der „FAZ“, im „Tagesspiegel“, der „Bild“-Zeitung, in der „Süddeutschen Zeitung“ (sowohl im Print als auch online) und auf „ZEIT ONLINE“.

Die von der INSM angeführten angeblichen "Verbote" wurden im dpa-Faktencheck als „ungenau bis falsch“ klassifiziert.^[62] Kritisiert wurden zudem von verschiedenen Stellen die Anklänge an antisemitische Verschwörungsmythen und die orientalistische Bildsprache.^[63] Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich von der Kampagne distanziert.^[64] Die INSM wies diese Vorwürfe fünf Tage nach Erscheinen als Form des "Mundtot-Machens" zurück.^[61]

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird. [\[65\]](#)

Anzeigenkampagne gegen Olaf Scholz 2021

Im Januar 2021 startete die INSM mit dem Slogan „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ eine Anzeigenkampagne gegen SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz. Darin warf sie dem damaligen Vizekanzler und Kanzlerkandidaten für die Wahl 2021 vor, „den Haushalt aufzublähen“, „an der Schuldenbremse zu segen“, „Unternehmen im Regen“ stehen zu lassen und Hilfesglieder zu versprechen, die nicht ankämen. [\[66\]](#) Für die Kampagne wurden zudem ein Zitat des Ökonomen Peter Bofinger verwendet. Dieser bezeichnete es als „starkes Stück“, für den lobbyistischen Angriff auf Scholz „missbraucht“ zu werden. [\[66\]](#)

Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik" 2019

Die Kampagne 12 Fakten zur Klimapolitik im Jahr 2019 richtete sich gegen die CO2-Steuer und zielt auf eine langsamere Energiewende ab, die vor allem jenen Industrieteilen nützen würde, die sich auf fossile Energiequellen stützt. Im Zuge mehrerer Kampagnen bezog die INSM bereits seit Jahren Stellung gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Förderung von Ökostrom. Die Kampagne war ehemals [hier](#) abrufbar.

Prof. Dr. Volker Quaschning unterzog die 12 angeblichen Fakten der INSM einem Faktencheck und zieht folgendes Fazit: „Für Laien klingen viele der Fakten schlüssig und nachvollziehbar. Dabei verfolgt die INSM mit der Publikation der INSM-Fakten in erster Linie ganz klar die Ziele ihrer Unternehmen und nicht unbedingt die des besseren Klimaschutzes.“ [\[67\]](#)

Kampagnen gegen einen "politischen Mindestlohn"

Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft und deren Tochtergesellschaft INSM vom Februar 2021 kommt zu dem Ergebnis, „ein politischer Mindestlohn“ beschneide die Tarifautonomie und sei abzulehnen. [\[68\]](#) In Unterrichtsmaterialien, die die INSM bereitstellt finden sich wissenschaftlich umstrittene Aussagen wie: „In der Realität hat der Mindestlohn nur eine Folge: dass noch mehr Menschen arbeitslos werden“. [\[69\]](#) 2013 schickte die INSM Bundestagsabgeordneten und weiteren Menschen im politischen Bereich Voodoo-Puppen, die laut INSM „für den Wähler an sich“ stehen sollten. Mit in dem Paket befanden sich beschriftete Nadeln mit Themenfeldern, die der INSM zufolge „schmerzhafte Auswirkungen“ auf Entscheidungen der Wähler:innen hätten: Frauenquote, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Energiesubventionen, Zuschussrente und Mindestlohn. [\[70\]](#)

Kampagnen zum Thema Rente

In unterschiedlichen Kampagnen wird das Thema Rente seit Anfang der 2000er von der INSM immer wieder aufgegriffen. Es wird eine Kürzung der gesetzlichen Rente gefordert und eine private Altersvorsorge für Bürger:innen nahegelegt. Auch wird die Senkung der Lohnnebenkosten gefordert; der durch Arbeitgeber:innen entrichtete Teil der Rentenbeiträge soll gesenkt werden, damit Unternehmen, so die Argumentation, wettbewerbsfähig blieben.

Die INSM beauftragte verschiedene Studien beim [Institut für Demoskopie Allensbach](#), mit dem sie regelmäßig zusammenarbeitet. Auch treten Wissenschaftler:innen, die als Autor:innen für die INSM tätig sind, medial als neutrale Expert:innen auf, wie in einer Dokumentation zum Rentensystem, die im Juni 2021 im ZDF ausgestrahlt wurde, was zu einseitigen Lösungsvorschlägen führt. [\[71\]](#)

Einschaltung von Agenturen

Bei wichtigen Kampagnen werden PR-Agenturen eingeschaltet. Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation [Scholz & Friends](#) betraut, die nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“. [\[72\]](#) Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV. Von 2010 bis 2015 wurde die INSM von der Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) betreut. Seit Januar 2015 ist [Blumberry](#) für Werbung und PR zuständig. [\[73\]](#) Blumberry ist ein Tochterunternehmen der Holding [Commarco](#). Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für die INSM innerhalb von Commarco zur [Commarco Campus Communications GmbH](#). Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel sei, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirkkraft über alle Disziplinen hinweg zu entfalten." [\[74\]](#)

ADVERB - Agentur für Verbandskommunikation unterstützt die INSM bei der digitalen Lobbyarbeit. [\[75\]](#) Gemeinsam mit der INSM erarbeitete ADVERB eine Kanalstrategie für den Kurznachrichtendienst X (ehemals Twitter), um die Botschaften der INSM bei politischen und medialen Akteuren zu platzieren.

Unter dem Geschäftsführer Alsleben wurde die politische Gen Z-Agentur DIGITALIEN eingeschaltet, deren Gründer und Geschäftsführer Finn Werner ist. [\[76\]](#) Dieser war zuvor als Social Media Manager für die CSU-Landesgruppe und Alexander Dobrindt (CSU) im Deutschen Bundestag tätig. [\[77\]](#) Werner war - wie Alsleben - einer der Redner bei der von der rechtskonservativen Kampagnenagentur The Republic organisierten Berlin Campaign Konferenz, zu deren Partner die [Heritage Foundation](#) und die INSM gehören. [\[78\]](#)

Die Kampagne zum Bürokratieabbau mit einem Bürokratiemuseum hat die INSM gemeinsam mit der Agentur [thjnk](#) entwickelt. [\[79\]](#)

Auftritte bei Parteitagen von CDU, SPD und FPD

- **SPD-Bundesparteitag 2025:** Beim Bundesparteitag der SPD im Januar 2025 parkte die INSM einen großen LKW mit der Botschaft "SOS - Die Wirtschaft ist in Gefahr" vor dem Parteitagsgelände.
- **CDU-Bundesparteitag 2024:** Im Mai 2024 war die INSM mit einem Messestand zum Thema Bürokratieabbau auf dem CDU-Bundesparteitag vertreten. Dabei gab sie an, "in zahlreichen Gesprächen mit CDU-Politikerinnen und Politikern und Delegierten für die Soziale Marktwirtschaft und konkret für Bürokratieabbau geworben" zu haben. [\[80\]](#)
- **FDP-Europaparteitag 2024:** Die INSM war beim FDP-Europaparteitag mit einem Stand vor Ort und hat dazu animiert, besonders „schöne“ bürokratische Hemmnisse in ihrem Bürokratievernichter zu schreddern. [\[81\]](#) Dabei sei das das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz besonders häufig vernichtet worden.

Internationale Verbindungen

Partner der Berlin Campaign Conference 2024

Die INSM war im September 2024 Partner der [Berlin Campaign Conference](#), die die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte. ^[82] Weitere Partner waren u.a. die rechte Denkfabrik [Heritage Foundation](#) und das konservative [The Leadership Institute](#), die maßgeblich an der Ausarbeitung des Project 2025 beteiligt waren. ^[83] Beim [Project 2025](#) handelte es sich um einen Plan zur autoritären Umgestaltung der US-Bundesregierung im Falle eines Sieges der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen 2024. ^[84] Der Plan sah unter anderem die Entlassung von bis zu 50.000 Bundesbediensteten vor, von denen angenommen wurde, dass sie sich der Agenda des Präsidenten in den Weg stellen könnten. ^[85] Weiterhin sollte die Unabhängigkeit des Justizministeriums eingeschränkt und der Kongress geschwächt werden.

Zu den Partnern der Berlin Campain Conference gehört auch das [Danube Institute](#), das von der Orban-Regierung über eine Stiftung finanziert wird und deren Direktor John O'Sullivan früher bei der [Heritage Foundation](#) beschäftigt war. ^[86] Gemeinsam organisieren sie den [Geopolitical Summit](#).

Kritik an der INSM

Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung geben die Steuerpläne der SPD zu machen. ^[87] In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“

Damit habe die INSM fälschlicherweise den Eindruck erweckt, dass die Reichensteuer auch für viele „Normalbürger:innen“ mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Die sogenannte Reichensteuer, die einen Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitensteuersatz von 42 Prozent bezeichnet, greift jedoch erst ab einem zu versteuernden Einkommen von einer Viertel Millionen Euro.

Die Anzeige der INSM habe fälschlicherweise nahe gelegt, dass die SPD die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erhoben wolle. Tatsächlich sollte ab diesem Schwellenwert zukünftig lediglich der bisherige Spitensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig war. Danach sahen die Pläne vor Steuersatz stetig auf bis zu 45% (ab 76.200 Euro) ansteigen zu lassen.

Laut „Spiegel Online“ hatte die INSM ihre Behauptung später relativiert. So habe es in einem Online-Text zunächst geheißen, die SPD wolle "den Schwellenwert, ab dem die Reichensteuer anfällt, auf 60.000 Euro senken". Später schrieb die INSM, die SPD wolle "den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken". ^[87]

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor kritiserte 2005 ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations, das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellte in der Sendung fest, dass es der INSM gelungen sei "einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen."^[88]

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht.^[89] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die Rezipient:innen gelangt sind. In der überwiegenden Zahl der Medienberichte hätten nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggeber:innen und zu ihren Finanziers gefehlt.

Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind die Kooperationen von Medien mit der INSM überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung „Die Welt“, die in Partnerschaft mit der INSM 2021 Wahldebatten organisierte.^[90] „Die Welt“ und die INSM kooperieren außerdem bei der Veranstaltungsreihe WELTZUKUNFSDEBATTE.^[91] INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben ist laufend bei „Welt TV“ als Gastkommentator oder Interviewpartner präsent.^[92]

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[65]

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.^[93] In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.^[94] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer:innen wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.^[95]

Einschüchterung von Journalist:innen

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalist:innen, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredaktionen oder Intendant:innen einzuschüchtern.^[96] Kritische Journalist:innen würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisant:innen dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, die zeigen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.^[97]

Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte der INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden. [\[98\]](#)

Aufgelöste/inaktive Gremien

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wurde die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter anderer Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden. [\[99\]](#) Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren. Seit Juli 2024 ist der Beirat auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Vorsitzender war Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#).

Kuratorium

Vorsitzender des Kuratoriums war ebenfalls Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#) (Stand: Juni 2024). [\[100\]](#) Seit Juli 2024 ist das Kuratorium auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden. [\[101\]](#) Liquidator war [Oswald Metzger](#) (seit 2012 Vereinsvorstand).

Gründungsmitglieder	
Hans Tietmeyer	Vorstand bis 2014, war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (siehe unten)
Florian Gerschter	ab 2009 Vorstand, SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des Bundesverband Briefdienste, ehem. Vorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit - heutige Bezeichnung Bundesagentur für Arbeit (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur WMP Eurocom entlassen)
Johanna	Direktorin des Institut Finanzen und Steuern und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied des

Gründungsmitglieder	
Inna Hey	Zentralen Beirats der Commerzbank, Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der Stiftung Marktwirtschaft und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrats der CDU. Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch" [102]
Dietrich Lenz	Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah [103] , Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Roman Herzog Institut, Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
Friedrich Merz	CDU-Kanzlerkandidat, Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, bis 2021 Mitarbeiter der Kanzlei Mayer Brown LLP, vertrat unter anderem BASF , bis 2021 Vizepräsident des unternehmerischen Lobbyverbands Wirtschaftsrat der CDU und Gastmitglied im Präsidium der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung
Ulrike Nassere-MeyfARTH	
Dietrich Rickert	"Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für marktliberale Reformen zu werben
Hergard Rohwedder	Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung Liberales Netzwerk
Max Schönen	Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen
Carl-Ludwig Thiel	Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank , Kuratoriumsmitglied des Institut Finanzen und Steuern , bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.

Gründungsmitglieder	
Weitere Mitglieder:	
Michael Hoffmann-Becking	Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät Hengeler Mueller , Mitglied des Wirtschaftsforums der FDP und Gesellschafter der FAZIT-STIFTUNG
Mari e-Luis e Dött	umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende Bund Katholischer Unternehmer , Mitglied der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Quelle: [\[104\]](#)

Botschafter:innen

Die Botschafter:innen unterstützten die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie gaben Interviews, schrieben Gastbeiträge und traten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden. [\[105\]](#) Stattdessen wurden sie beispielsweise als "Expert:innen für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion. Im Juli 2024 waren die Botschafter auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Botschaf ter:inne n

Roland Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer des [Kongress für Deutschland](#)

er

Christoph

Inhaber des Stiftungslehrstuhls für innovatives Markenmanagement am Fachbereich

Bur Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen (der Lehrstuhl wurde von man Markenartikelunternehmen wie Kraftfoods Deutschland und der Brauerei Beck & Co. gespendet)
n
Dom
iniqu Chief People Officer bei Ibeo Automotive Systems GmbH, bis 2021 Geschäftsführende
e Gesellschafterin der Döttling & Partner Beratungsgesellschaft
Döttl
ing
Flori Unternehmensberater, frühere Positionen: Vorsitzender des Bundesverbands Paket und
an Expresslogistik, Präsident des Bundesverbands Briefdienste, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit
Gers (später umbenannt in Bundesagentur für Arbeit), seit 2020 Mitglied der FDP (ehem. SPD-Politiker)
ter
Mart
in Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbands [Gesamtmetall](#), Geschäftsführer Herbert Kannegiesser
Kan GmbH, ehem. Vorsitzender des Kuratoriums der INSM
negi
eßer
Otm
ar Ehrenvorsitzender des [Center for Financial Studies](#), Mitglied des Kuratoriums und Preisträger der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)
g
Osw
ald Redakteur bei Tichys Einblick, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats der
Metz Die Familienunternehmer - ASU
ger
Aren Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des [Bundesverband](#)
d der Deutschen Industrie (BDI), Präsidiumsmitglied des [Bundesvereinigung der Deutschen](#)
Oetk Arbeitgeberverbände (BDA), Präsident der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Mitglied der
er CDU, unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung
deutscher Kernkraftwerke
Walt
her Ehem. Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien, unter anderem im
Otre Bundeswirtschaftsministerium, Vorsitzender [Bundesverband Briefdienste](#)
mba
Karl-
Hein Inhaber des Lehrstuhls für internationale Wirtschaft der Uni Magdeburg, Vorstandsvorsitzender der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#), Mitglied des Beirats der
Paqu Denkfabrik [REPUBLIK21 e.V.](#), ehem. Finanzminister von Sachsen-Anhalt
é
Bern
d Professor für Finanzwissenschaften an der Uni Freiburg, Direktor des [Forschungszentrum](#)
Raff [Generationenverträge](#) (FZG), Mitglied des Aufsichtsrat der Union Investment Privatfonds GmbH,
elbü Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#) (ehem. Vorsitzender der
sche Kommission Alterssicherung^[106]), Mitglied des Vorstands der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
n

Arnd

t Unternehmensberater, Gründer und Managing Partner von Rautenberg & Company Raut (Beratungsunternehmen für Finanzinvestoren), ehemaliger Strategiechef **Deutsche Telekom**, Mitglied enbe des [Wirtschaftsforums der FDP](#)

rg

Ran Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke **G. Rodenstock GmbH & Co. KG**, ist bzw. war dolf in leitender Funktion in einer Vielzahl von Verbänden und neoliberalen Netzwerken aktiv, u. a. dem Rod INSM-Finanzier **Gesamtmetall** und der INSM-Muttergesellschaft **Institut der deutschen Wirtschaft(IW)** enst jeweils als Vizepräsident, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des [Wirtschaftsforums der FDP](#) ock

Krist

ina Publizistin und Kolumnistin bei der Tageszeitung "Die Welt", ehem. Bundesfamilienministerin (CDU), Schr Stellv. Leiterin der Denkfabrik **REPUBLIK21 e.V.**

öder

Nikol

aus Vorsitzender des Kuratoriums der **Stiftung Marktwirtschaft**, Ehrenmitglied des [Wirtschaftsrates der Sch](#) CDU und ehem. Vorstandsvorsitzender der **Altana AG** sowie ehem. Vorsitzender der **Altana weic Kulturstiftung** gGmbH und der **Herbert Quandt-Stiftung**

kart

Jürg Ehem. Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der **Europäischen Zentralbank (EZB)**, Mitglied des en Kuratoriums der **Bertelsmann Stiftung**, Mitglied des Beirats der **Aktionsgemeinschaft Soziale Star Marktwirtschaft** k

Erwi

n Ehem. Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland, Initiator der [Initiative D21](#), Mitglied Stau des Aufsichtsrats der USU Software AG, Mitglied der SPD

dt

Tho

mas bis 8/2014 Direktor des **Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWI)**, Mitglied des Stra Wissenschaftlichen Beirats des **Wirtschaftsrat der CDU**, Mitglied des Kuratoriums der **Friedrich- ubha Naumann-Stiftung**, Mitglied des Beirats des **Institut für Unternehmerische Freiheit** ar

(Stand: Juni 2024) Quelle: [\[107\]](#)

Ehemalig

e

Kurator:

innen

und

Botschaf ter:innen

Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe **Fri**

Arnulf edrich-Naumann-Stiftung sowie die **Konrad-Adenauer-Stiftung** und ist

Baring Mitglied des Kuratoriums der Stiftung **Friedrich August von Hayek-
Stiftung für eine freie Gesellschaft**

Marie-Luise Dött	(siehe Förderverein)	
Johann Eekhoff	Staatssekretär a.D., Direktor des Institut für Wirtschaftspolitik an der Uni Köln, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU , am 3. März 2013 bis Ende 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der Stiftung Marktwirtschaft , Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung	verstorben
Michael Glos	CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009	
Paul Kirchhof	ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der Friedrich August von Hayek Stiftung , Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung , setzt sich für eine Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben großer Vermögen" entlastet ^[108]	
Eberhard von Körber	Präsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich, ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und Aufsichtsratsvorsitzender von ABB , 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler Helmut Kohl	
Rolf Peffekoven	ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem. Mitglied des Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen , des Wissenschaftlichen Beirats der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen und des Beirats der DZ BANK AG	trat im Dezember 2004 aus der INSM aus ^[109] , beteiligte sich aber auch danach noch an deren Kampagnen ^[110]
Christine Scheel	ehem. Politikerin der Grünen, Mitglied des Expertenrates der CNC Communications & Network Consulting)	
Lothar Späth	CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der Jenoptik , ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank Merrill Lynch , ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Herrnrenknecht AG , beriet zuletzt vor allem mittelständische Unternehmen. ^[111]	am 18. März 2016 verstorben
Edmund Stoiber	ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex-Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007	nach deren Kritik an den Agrarsubventionen
Hans Tietmeyer	ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank , Mitglied der Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung , der Friedrich August von Hayek Stiftung , der Stiftung Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik und Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der INSM. ^[112]	am 27. Dezember 2016 verstorben

Zitate

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet, Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern [Angela Merkel](#) und [Karl-Theodor zu Guttenberg](#), damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können.“ Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“ [\[113\]](#)

Weiterführende Informationen

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: [Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: [Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM](#) Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: [Sie werben ja nicht für Persil](#). INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg
- Nuernbergk, Christian 2006: [Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie](#). In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: [Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung](#).
- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: [Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: [Strandkappstühle](#), in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ Jahresabschluss der INSM GmbH zum Geschäftsjahr 2021, abrufbar beim Unternehmensregister
2. ↑ [INSM](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 10.08.2025
3. ↑ [Trau schau wem](#), igmetall.de vom 06.08.2020, abgerufen am 22.06.2021

4. ↑ Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.[Grundrentenslapstick](#), felfree.de, abgerufen am 15.08.2024
5. ↑ Etwas mehr Qualität, bitte!, wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
6. ↑ Über uns, insm.de, abgerufen am 22.07.2024
7. ↑ Chefwechsel beim [Lobbyclub der CDU](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 15.08.2024
8. ↑ Berlin Campaign Conference, berlincampaignconference.com, abgerufen am 15.08.2024
9. ↑ Project 2025 Presidential Transition Project, documentcloud.org, abgerufen am 19.08.2024
10. ↑ Die radikalen Pläne für Trumps neue Amtszeit, zdfheute.de vom 07.11.2024, abgerufen am 10.08.2025
11. ↑ Über uns, insm.de, abgerufen am 22.07.2024
12. ↑ insm.de Über uns, abgerufen am 12.07.24
13. ↑ Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015, www.bundesanzeiger.de, abgerufen am 18.04.2017
14. ↑ Norbert Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25
15. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26
16. ↑ Bunte, in Langen/Bunte, Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, Bd. 1, 10. Aufl., Einführung Rdnr. 44
17. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26, Fußnote 58
18. ↑ Propaganda für die Welt von vorgestern, spiegel.de vom 18.06.2021, abgerufen am 21.06.2021
19. ↑ Alsleben wird neuer INSM-Geschäftsführer, politik-kommunikation.de, 05.12.2022, abgerufen am 24.04.2025
20. ↑ Thorsten Alsleben im Interview: „In der CDU brauchen Sie einen Mahner für Ordnungspolitik“, mitbund.de, 22.03.2023, abgerufen am 24.04.2025
21. ↑ Thorsten Alsleben, twitter.com, abgerufen am 13.12.2022
22. ↑ Chefwechsel beim [Lobbyclub der Industrie](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 13.12.2022
23. ↑ Religiöse Rechte in Deutschland suchen Schulterschluss mit Trump, correctiv.org vom 28.02.2025, abgerufen am 25.10.2025
24. ↑ ARC 2025 Keynote Speakers, arcforum.com, abgerufen am 24.04.2025
25. ↑ ^{25,025,1} Wo sich Antifeministen, christliche Fundamentalisten und Demokratiefeinde treffen, blog.campact.de, 26.02.2025, abgerufen am 24.04.2025
26. ↑ Keynote Speakers, arcforum.com, abgerufen am 10.05.2025
27. ↑ LEAKED: Oil Execs and Trump Allies Attend Jordan Peterson's ARC Conference, desmog.com vom 16.02.2025, abgerufen am 11.05.2025
28. ↑ Tête-à-Tête in Berlin: Lobbytreffen mit Antidemokraten aus den USA, lobbycontrol.de, 23.09.2024, abgerufen am 24.04.2025
29. ↑ „Erschreckende Nähe“:CDU liebäugelt mit Trumps Republikanern, merkur.de vom 14.08.2024, abgerufen am 15.08.2024
30. ↑ Radikaler Plan für eine zweite Präsidentschaft Trumps, deutschlandfunk.de, 17.07.2024, abgerufen am 24.04.2025
31. ↑ ^{31,031,1} Queer-Zoff in der CDU, spiegel.de vom 09.08.2024, abgerufen am 24.04.2025
32. ↑ Wachs wird Kommunikationschef der INSM, politik-kommunikation.de vom 11.07..2023, abgerufen am 03.08.2023
33. ↑ Speakers, berlincampaignconference.com, abgerufen am 10.08.2025
34. ↑ Matuschka und Wandel komplettieren Neuaufstellung der INSM, politik-kommunikation.de vom 13.02.2024, abgerufen am 22.07.2024

35. ↑ [Carl-Victor Wachs und Philipp Despot verstärken INSM](#), insm.de vom 10.07.2023, abgerufen am 22.07.2024
36. ↑ [Die INSM und der Deckmantel „Bürokratieabbau“](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 15.07.2024
37. ↑ [Übersicht aller teilnehmenden MDBs](#), weniger-buerokratie.de, abgerufen am 21.07.2024
38. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
39. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 15.07.2024
40. ↑ [Ökonomische Bildung – eine neutrale Sache? Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\) Einfluss auf Unterrichtsinhalte an allgemein bildenden Schulen ausübt](#) Arbeitspapier 264 der Hans-Böckler-Stiftung von 2012, abgerufen am 17.09.2024
41. ↑ [Portal Wirtschaft und Schule – Ideen und Materialien für die Ökonomische Bildung](#) schulewirtschaft-schleswig-holstein.de vom 14.11.2014, abgerufen am 17.09.2024
42. ↑ [Christine Wicht und Carsten Lenz: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements](#), NachDenkSeiten, 4. Januar 2006, Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011
43. ↑ [Lucca Möller/Reinhold Hettke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik](#), Bielefeld 2011
44. ↑ [Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hettke](#)
45. ↑ [\[1\]Infotrucks](#), abgerufen am 15.09.2024
46. ↑ [Wer hat das beste Bildungssystem? Flache Lernkurve beim Umgang mit INSM-Studie](#) www.uebermedien.de vom 17.08.2022, abgerufen am 24.08.2022
47. ↑ [Lehrerverband kritisiert Bildungsmonitor](#) spiegel.de vom 16.08.2019, abgerufen am 15.09.2024
48. ↑ [\[2\] KAS. Das Kolleg](#), abgerufen 18.06.2021]
49. ↑ [Christian Stöcker: Komm, wir kaufen uns einen Kanzler](#), Der Spiegel, 13.06.2021, abgerufen am 18.06.2021
50. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
51. ↑ [Wie gerecht ist Deutschland?](#), 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
52. ↑ [\[3\]](#), insm.de, abgerufen am 18.06.2021
53. ↑ [\[4\]](#), Raffael Scholz, Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und ihre Schlüsselwörter, 13.11.2014, Blickpunkt WISO, abgerufen am 17.06.2021
54. ↑ [\[5\]](#), Oliver Hinz, Slogan aus Nazizeit, 16.08.2002, taz, abgerufen am 18.06.2021
55. ↑ [Thorsten Alslieben](#), linkedin.com, abgerufen am 02.10.2025
56. ↑ [Die INSM und der Deckmantel „Bürokratieabbau“](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 15.07.2024
57. ↑ [Lieferkettengesetz: Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte](#) insm.de vom 07.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
58. ↑ [Lieferkettengesetz: Bundesregierung muss auf EU-Ebene nachbessern](#) unicef.de vom 25.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
59. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#) lieferkettengesetz.de vom 05.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
60. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
61. ↑ [61,061,1 Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne](#), Der Spiegel, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
62. ↑ [INSM-Vorwürfe gegen grüne - Ungenau bis falsch](#), Tagesschau.de, 14.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
63. ↑ [Mit allen Mitteln](#), ZEIT ONLINE, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
64. ↑ [Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab](#), Deutschlandfunk, 12.06.2021, abgerufen am 18.06.2021

65. ↑ [65,065,1 INSM-Kampagne: Presserat prüft Verfahren gegen "SZ"](#), DWDL.de, 16.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
66. ↑ [66,066,1 Dieter Schnaas, Etwas mehr Qualität, bitte!](#), wiwo.de, 21.02.2021, abgerufen am 24.04.2025
67. ↑ [Faktencheck der 12 Fakten zum Klimaschutz der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM](#) www.volker-quaschning.de vom 17.07.2019, abgerufen am 05.09.2024
68. ↑ [Politischer Mindestlohn beschneidet die Tarifautonomie](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
69. ↑ [Lobbyisten im Lehrerzimmer](#), ZEIT ONLINE, 11.05.2011, abgerufen am 18.06.2021
70. ↑ [Wirtschaftslobby bezirzt Bundestag mit Voodoo](#), sueddeutsche.de, 07.01.2021, abgerufen am 17.06.2021
71. ↑ [ZDF-Doku: Am Ende sind die Zuschauer arm dran](#), heise online, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
72. ↑ [Rudolph Speth: Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
73. ↑ [Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab](#), horizont.net vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
74. ↑ [\[6\], commarco.com](#), abgerufen am 15.08.2019
75. ↑ [Digital Public Affairs](#), agentur-adverb.de, abgerufen am 17.02.2021
76. ↑ [DIGITALIEN](#), digitalien.agency, abgerufen am 09.08.2025
77. ↑ [Werner startet mit Gen-Z-Agentur DIGITALIEN durch](#), politik-kommunikation.de vom 02.09.2024, abgerufen am 09.08.2025
78. ↑ [Program](#), web.cvent.com, abgerufen am 15.06.2025
79. ↑ [INSM gewinnt Politikaward für Bürokratie-Museum](#), presseportal.de vom 03.06.2025, abgerufen am 10.08.2025
80. ↑ [INSM CDU-Bundesparteitag](#), insm.de, abgerufen am 24.04.2025
81. ↑ [FDP-Europaparteitag](#), insm.de, abgerufen am 14.07.2024
82. ↑ [Berlin Campain Conference](#), berlincampaignconference.com, abgerufen am 15.08.2024
83. ↑ [Project 2025 Presidential Transition Project](#), documentcloud.org, abgerufen am 19.08.2024
84. ↑ [„Erschreckende“ Verbindung: CDU zeigt Interesse an Trumps Republikanern](#), merkur.de vom 15.08.2024, abgerufen am 19.08.2024
85. ↑ [„Diktator“, „Ungeziefer“, „Verfolgung“ – Donald Trump schlägt in seinem Wahlkampf für eine zweite Amtszeit zunehmend autoritäre Töne an](#), deutschlandfunk.de vom 13.2.2024, abgerufen am 19.08.2024
86. ↑ [How Victor Orban Conquered the Heritage Fondation](#), newrepublic.com vom 29.08.2024, abgerufen am 15.03.2024
87. ↑ [87,087,1 Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen](#), 26.06.2017, spiegel.de, abgerufen am 28.06.2017
88. ↑ [Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht](#), MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website schmidsideenschmiede, abgerufen am 05.09.2011
89. ↑ [Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit](#), Website nuernbergk, abgerufen am 4.9.2011
90. ↑ [\[7\]](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
91. ↑ [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#), insm.de vom 06.09.2022, abgerufen am 17.09.2022
92. ↑ [Suche — Thorsten Alsleben](#), welt.de, abgerufen am 13.08.2024
93. ↑ [epd: Arzneihersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
94. ↑ [Lobbycontrol: INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung](#), abgerufen am 4. Mai 2010.

95. ↑ [Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
96. ↑ [Die Medien einschüchtern](#), Freitag vom 11. Januar 2005, Website Freitag, zuletzt abgerufen am 15.12.2017
97. ↑ [Kritiker unerwünscht](#), LobbyControl vom 13. April 2007, Website LobbyControl, abgerufen am 1.9.2011
98. ↑ [Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP](#) foodwatch am 13.03.2015, abgerufen am 13.04.2015
99. ↑ Speth: Strategien, S. 30
100. ↑ [Kuratoren und Botschafter](#), insm.de, abgerufen am 18.10.2023
101. ↑ Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812, Abdruck vom 13.02.2017
102. ↑ [Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch](#), Financial Times Deutschland vom 2. Mai 2006, Website der FTD, abgerufen am 13.8.2011
103. ↑ Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen, Der Spiegel vom 13. November 2011
104. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), 02.06.2005, lobbycontrol.de, abgerufen am 13.02.2017
105. ↑ Speth: Die politischen Strategien, S. 29
106. ↑ <https://www.fifi1.uni-freiburg.de/forschungszentrum-generationenverträge/prof-dr-bernd-raffelhueschen/>, abgerufen am 12.07.24
107. ↑ [Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft](#) abgerufen am 19.10.2023
108. ↑ [Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach](#), Website DIW, abgerufen am 18.7.2011
109. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Handelsblatt vom 1. Dezember 2004, Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
110. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik](#) Christine Scheel 4. September 2009, Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
111. ↑ [Econ Referenten Agentur Lothar Späth](#), Website econ-referenten, abgerufen am 2.8.2011
112. ↑ [Gesamtmetall Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
113. ↑ [Bülow, Marco: Wir Abnicker](#), Berlin 2010, S. 182 f.

Atlantik-Brücke

Die **Atlantik-Brücke** ist ein Verein, dem führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, den Streitkräften, der Wissenschaft, den Medien und der Kultur angehören, die über das gemeinsame Netzwerk gesellschaftspolitischen Einfluss nehmen und Kontakte pflegen. Neben Entscheidungsträgern aus diesen Bereichen, die bei der Atlantik-Brücke einen Rahmen für vertrauliche Gespräche finden, gehören zu dem Verband aber auch Nachwuchsführungskräfte, die auf den „Young Leaders“-Konferenzen Netzwerke schmieden.^[1] Unter den Mitgliedern spielen Spitzenmanager und diesen nahestehende Politiker eine herausragende Rolle. Der Vorsitzende, Bundesminister a.D. [Sigmar Gabriel](#), ist ein mit der Wirtschaftslobby bestens vernetzter ehem. hochrangiger SPD-Politiker. Bis 2019 hielt [Friedrich Merz](#) diese Stelle inne.

Atlantik-Brücke e.V.

Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich
Gründungsjahr 1952
Gründungsdatum
Hauptsitz Magnus-Haus, Am Kupfergraben 7, 10117 Berlin
Lobbybüro
Lobbybüro
EU
Webadresse atlantik-bruecke.org

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Inhaltsverzeichnis

1 Einflussnahme und Lobbystrategien	34
1.1 Netzwerk der Mitglieder	34
1.2 Netzwerk der Alumni (Global Bridges)	35
2 Fallstudien und Kritik	35
3 Organisationsstruktur und Personal	35
3.1 Geschäftsführender Vorstand	35
3.2 Stiftung Atlantik-Brücke	35
3.3 International Advisory Council	38
3.4 Netzwerk der Alumni (Global Bridges)	38
4 Kurzdarstellung und Geschichte	39
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	39
6 Einelnachweise	39

Einflussnahme und Lobbystrategien

Zu den Aktivitäten der Atlantik-Brücke gehören Konferenzen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Studienreisen, Preisverleihungen und das Young-Leaders-Programm.

- Mit der Schwesterorganisation [American Council on Germany](#) (ACG) führt die Atlantik-Brücke jährlich Deutsch-Amerikanische Konferenzen durch.^[2] Seit 2005 veranstalten die beiden Organisationen jeweils ihre eigenen Young Leaders-Konferenzen.
- Mit Institutionen wie der [Münchener Sicherheitskonferenz](#) oder der [American Chamber of Commerce in Germany](#) gibt es strategische Kooperationen.^[3]
- Mit dem Oberkommando der US-Armee in Europa [U.S. European Command](#) wird seit 1990 jährlich ein Expertengespräch in Berlin geführt.

Netzwerk der Mitglieder

Die rund **500 Mitglieder** der Atlantik-Brücke kommen überwiegend aus der Wirtschaft. Nach der bei Wikipedia veröffentlichten [Liste von Mitgliedern](#) waren 2010 über die Hälfte der Mitglieder in der Wirtschaft tätig. Mehr als die Hälfte der Dax-30-Unternehmen sind Mitglieder^[4] Die nächst größten Berufsgruppen sind die freien Berufe, Politiker*innen und Medienvertreter*innen.

Die Mitgliederzahl ist beschränkt, um die Exklusivität des Vereins zu wahren. Laut § 4 der Satzung wird die Mitgliedschaft durch Wahl durch den Vorstand (sog. Kooptation) erworben.^[5]

Im Mai 2015 entbrannte ein Streit in der [Linkspartei](#) um die Mitgliedschaft des Bundestagsabgeordneten [Stefan Liebich](#). Mitglieder forderten die Rückgabe des Bundestagsmandats aufgrund der Mitgliedschaft Liebichs im Verein, der aus den Reihen der Linkspartei kritisiert wird.^[6]

Netzwerk der Alumni (Global Bridges)

2010 gründeten Mitglieder der Atlantik-Brücke den Verein "Atlantik Forum", um das weltweite Netzwerk der 2000 Teilnehmer von Young Leaders-Konferenzen, die sog. Young-Leaders Alumni, besser managen zu können.^[7] In das Netzwerk aufgenommen wird nur, wer zwischen 28 und 35 Jahre alt ist und es beruflich schon zu etwas gebracht hat.^[8] Wer einmal als Young Leader aufgenommen wurde, bleibt es sein Leben lang. Im Juli 2012 wurde der Verein in Global Bridges e.V. umbenannt. In diesem Netzwerk sind nicht nur Young Leaders-Alumni Mitglieder, sondern auch einflussreiche Persönlichkeiten aus dem transatlantischen Raum sowie Asien (insbesondere China) und Osteuropa. Zu den Alumni gehören u.a. Bundesbankpräsident [Jens Weidmann](#)^[9], der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer AG, [Mathias Döpfner](#)^[10], Bundesinnenminister [Thomas de Maizière](#)^[11], Staatsminister a. D. und Daimler-Lobbyist [Eckart von Klaeden](#)^[12], die CDU-Politikerin [Julia Klöckner](#)^[13] und der Grünen-Politiker [Cem Özdemir](#)^{[14][15][16]}. Es ist geplant, Global Bridges nach Indien, Lateinamerika und Südafrika zu erweitern.

Fallstudien und Kritik

- Die Atlantik-Brücke ist ein entschiedener Befürworter des Freihandelsabkommens [Transatlantic Trade and Investment Partnership \(TTIP\)](#)^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführender Vorstand

Stiftung Atlantik-Brücke

Es existiert ebenfalls eine Stiftung des gleichen Namens, welche über eigene Gremien verfügt.

Fu
nkt Name
ion

Verbindungen

- ehem.
Vizekanzler
und SPD-
Bundesvorsitz
ender

Vor
sitz [Sigmar Gabriel](#)
en
der

- Trilaterale Kommission und [European Council on Foreign Relations](#), Mitglied
- Deutsche Bank, Aufsichtsrat
- [International Crisis Group](#), Kuratoriumsmitglied
- [Deloitte](#), Beiratsmitglied
- [Eurasia Group](#), Politikberater
- Autor für die Holtzbrinck-Medien [Handelsblatt](#), [Der Tagesspiegel](#), [Die Zeit](#)

Ste
llv.
Vor
sitz [Michael Hüther](#)
en
der

- Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Direktor

Ste
llv.
Vor
sitz [Norbert Röttgen](#)
en
der

- [CDU](#), Mitglied des Bundestages
- ehem. Bundesminister für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2009 - 2012)

Sc
hat
zm

eis Ute Wolf

teri

n

- Finanzvorstand, Evonik Industries, Essen

Ge
sch
äft
sfü Julia Friedlander
hre
rin

Weitere Vorstandsmitglieder u.a. Angelika Gifford, Meta, Tina Hassel, ARD-Hauptstadtstudio, Metin Hakverdi, MdB (SPD), Wolfgang Ischinger, Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz, Alexander Graf Lambsdorff, MdB (FDP), Eveline Metzen, Google, James von Moltke, Deutsche Bank, Omid Nouripour, MdB (Bündnis 90/ Die Grünen), Julie Linn Teigland, Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, atlantik-bruecke gremien [1]

Vorstand der Stiftung

Atlantik-Brücke

Vorsitzender	Andreas Dombret	Deutsche Bundesbank, ehem. Mitglied des Vorstands
Stellv. Vorsitzender	Christian Lange	SPD-Politiker, ehem. Parlamentarischer Staatssekretär
Stellv. Vorsitzende	Christine C. Graeff	Mitglied der Geschäftsleitung der Credit Suisse Group

Kuratorium der Stiftung

Atlantik-Brücke

Vorsitzender	Jürgen Großmann	Alleingesellschafter der Georgsmarienhütte Holding
Stellv. Vorsitzender	Arend Oetker	<ul style="list-style-type: none"> • Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) • Konzernchef der Dr. Arend Oetker Holding GmbH
	Roland Berger	<ul style="list-style-type: none"> • Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) • Honorary Chairman der Roland Berger GmbH
	Jürgen H. Conzelmann	Haus & Grund Frankfurt am Main, CEO
	Jürgen R. Großmann	<ul style="list-style-type: none"> • ehem. Vorstandsvorsitzender der RWE • RAG-Stiftung, Vorsitzender des Kuratoriums
	Axel Hörger	Lombard International Assurance S.A., Luxemburg, Vorsitzender des Vorstands

Vorstand der Stiftung Atlantik-Brücke

Hans-Ulrich Klose	• ehem. Bürgermeister von Hamburg (SPD) • Atlantische Initiative , Mitglied des Beirats
Thomas Rodermann	Quintet Private Bank (Muttergesellschaft von Merck Finck), Vorstandsmitglied
Lutz Raettig	Morgan Stanley , Vorsitzender des Aufsichtsrats
Peter Wittig	• ehem. Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington, DC • Schaeffler AG, Senior Advisor Global Affairs

Weitere Mitglieder des Kuratoriums

(Stand: August 2022) Quelle: [\[18\]](#)

International Advisory Council

- Ferdinando Becalli-Falco, GE International, Brüssel
- Michael Behrendt, Hapag-Lloyd, Hamburg
- **Roland Berger**, Roland Berger Strategy Consultants, München
- Günter Blobel, Rockefeller University, New York, NY
- John E. Bryson, USA, Edison International, Rosemead, CA
- James L. Jones (Mitgliedschaft ruht während seiner Amtszeit als National Security Advisor)
- Frederick Kempe, Präsident und CEO des **Atlantic Council** of the United States, Washington, DC
- Willem Mesdag, Red Mountain Capital Partners LLC, Los Angeles, CA
- Philip D. Murphy (Mitgliedschaft ruht während seiner Amtszeit als Botschafter der USA in Deutschland)
- **Arend Oetker**, Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG, Berlin
- Ekkehard D. Schulz, ThyssenKrupp AG, Düsseldorf
- Rupert Stadler, Audi AG, Ingolstadt
- Ulrich Steger, Professor Emeritus, IMD International, Lausanne, Schweiz
- Ratan N. Tata, Tata Sons Limited, Mumbai
- Werner Wenning, **Bayer** AG, Leverkusen

(Stand: Januar 2013/ ab 2016 waren die Mitglieder auf der eigenen Webseite nicht mehr abrufbar) Quelle: [\[19\]](#)

Netzwerk der Alumni (Global Bridges)

Der Vorstand besteht aus

- Hans Albrecht, Chairman, Geschäftsführer Nordwind Capital
- Beate Lindemann, Executive Vice-Chairman
- **Michael Vassiliadis**, Vice-Chairman, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums der RAG-Stiftung

- Herbert Palmberger, Schatzmeister, Partner von Heuking Kühn Luer Wotjekx

(Stand: April 2020) Quelle: [\[20\]](#)

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Atlantik-Brücke wurde 1952 von den beiden Bankiers Eric Warburg und Gotthard von Falkenhausen, den Zeit-Journalisten Marion Gräfin Dönhoff und Ernst Friedländer sowie den Unternehmern Eric Blumenfeld und Hans-Karl von Borries gegründet. [\[21\]](#) Als Schwesterorganisation wurde der **American Council on Germany** (ACG) ins Leben gerufen. Atlantik-Brücke und ACG gründeten 1973 gemeinsam das "Young Leaders-Programm". [\[22\]](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ Über uns, Webseite [Atlantik-Brücke](#), abgerufen am 18. 04. 2020
2. ↑ Deutsch-Amerikanische Konferenz 2014, Webseite [Atlantik-Brücke](#), abgerufen am 14.04.2020
3. ↑ Interview mit Friedrich Merz: Zwischen Tradition und Neubeginn, Webseite Atlantik-Brücke, archiviert auf [www.archive.org](#), abgerufen am 23.04.2020
4. ↑ Interview mit Friedrich Merz: Zwischen Tradition und Neubeginn, Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 23.04.2020
5. ↑ Satzung gemäß Beschluss vom 20.01.2010, Webseite Wikipedia, abgerufen am 23.04.2020
6. ↑ Gysi stellt sich vor Liebich, Neues Deutschland, 9. Mai 2015, zuletzt aufgerufen am 23.04.2020
7. ↑ About Global Bridges e.V., Webseite [Global Bridges](#), abgerufen am 23.04.2020
8. ↑ Serie Tickets zur Macht IV Wo die junge Elite zusammenkommt, Wirtschaftswoche online 30.03.2013, abgerufen am 23.04.2020
9. ↑ Serie Tickets zur Macht IV Wo die junge Elite zusammenkommt, Wirtschaftswoche online 30.03.2013, abgerufen am 23.04.2020
10. ↑ Mächtige Allianz, manager magazin online 21.03.2003, abgerufen am 20.10.2016
11. ↑ Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010, 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, [atlantik-bruecke.org](#), abgerufen am 23.04.2020
12. ↑ Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010, 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, [atlantik-bruecke.org](#), abgerufen am 18.10.2016
13. ↑ Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010, 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, [atlantik-bruecke.org](#), abgerufen am 18.10.2016
14. ↑ Atlantik-Brücke's Young Leaders Program Some Prominent Young Leaders Alumni, [atlantik-bruecke.org](#), abgerufen am 23.04.2020
15. ↑ Atlantik Forum e.V. in: Jahresbericht Juni 2010 bis Juni 2011, [atlantik-bruecke.org](#), abgerufen am 23.04.2020
16. ↑ American-German Young Leaders Conference The 2011 Young Leaders Delegation, [acgusa.org](#), abgerufen am 23.04.2020

17. ↑ Burkhard Schwenker: Warum wir TTIP jetzt brauchen, Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 23.04.2020
18. ↑ Gremien der Stiftung Atlantik-Brücke Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 30.08.2022
19. ↑ Webseite Atlantik-Brücke - International Advisory Council abgerufen am 24.04.2020
20. ↑ About Global Bridges e.V., Webseite Global Bridges, abgerufen am 23.04.2020
21. ↑ Jahresbericht 2012, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 20.10.2016
22. ↑ American-German Young Leaders Conference, Webseite American Council on Germany, abgerufen am 10.12.2015

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit

Das **Institut zur Zukunft der Arbeit GmbH** (IZA) betreibt als privates Wirtschaftsforschungsinstitut nationale und internationale Arbeitsmarktforschung sowie Politikberatung. Gegründet wurde das Institut 1998 auf Initiative der Deutschen Post.^[1] Alleiniger Gesellschafter des Instituts ist die **Deutsche Post-Stiftung**, die im Gesellschaftsvertrag des IZA als eine "Stiftung der Deutschen Post AG" bezeichnet wird.

Präsident des IZA ist der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post, **Klaus Zumwinkel**. Seit März 2016 ist Hilmar Schneider Direktor des IZA. Sein Vorgänger ist der umstrittene **Klaus F. Zimmermann**, der als langjähriger Institutsleiter dessen Ausrichtung maßgeblich geprägt hat.

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)



Rechtsform gGmbH
Tätigkeitsbereich Arbeitsmarktforschung
Gründungsdatum 1998
Um
Hauptsitz Schaumburg-Lippe-Straße 5 - 9, Bonn
Lobbybüro
Lobbybüro EU
Webadresse www.iza.org

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	41
2 Organisationsstruktur und Personal	41
2.1 Präsident: Klaus Zumwinkel	41
2.2 Geschäftsführung	41
2.3 Wissenschaftlicher Beirat	42
2.4 Policy Fellows	42
3 Finanzielle Abhängigkeit und Ausrichtung des Instituts	42
4 Lobbystrategien und Einfluss	43
5 Fallstudien und Kritik	43
5.1 2014: IZA verklagt den Publizisten Werner Rügemer	43
6 Weiterführende Informationen	44
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	44
8 Einelnachweise	44

Kurzdarstellung und Geschichte

Das IZA versteht sich als internationales Forschungsinstitut und Ort der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Zahlreiche Ökonomen arbeiten virtuell oder vor Ort im Rahmen konkreter Forschungsvorhaben mit dem IZA zusammen. Darüber hinaus bindet sich das IZA aktiv in internationale Forschungsnetzwerke ein. Es stellt Forschungsergebnisse der Arbeitsökonomie bereit und liefert auf dieser Grundlage handlungsrelevante Erkenntnisse für Politik und Gesellschaft.

Das IZA vertritt wirtschaftsliberale Positionen und war über ihren langjährigen Direktor Zimmermann sowie ihre "Policy Fellows" mit Organisationen der Arbeitgeber und neoliberalen Denkfabriken vernetzt. Die "Policy Fellows" werden auf der IZA-Webseite seit mindestens 2017 nicht mehr erwähnt.

Das IZA erstellt u. a. Studien für die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)^[2] und die [Bertelsmann Stiftung](#)^[3]

Organisationsstruktur und Personal

Alleiniger Gesellschafter des Instituts ist die [Deutsche Post-Stiftung](#). Diese kann lt. Gesellschaftervertrag den Geschäftsführer des Instituts (= den Direktor) bestellen und abberufen. Die Stiftung kann die Gesellschaft in einer Frist von 6 Monaten zum Schluß des Geschäftsjahres kündigen.^[4]

Präsident: Klaus Zumwinkel

Klaus Zumwinkel war Vorstandsvorsitzender der [Deutschen Post](#) AG und ehem. Mitglied des Aufsichtsrats zahlreicher Großunternehmen (z. B. [Deutsche Telekom](#), [Allianz](#), [Lufthansa](#), [Arcandor](#)). Nach Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung trat Zumwinkel im Februar 2008 als Postchef zurück. Im Januar 2009 wurde er zu einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe verurteilt. Zumwinkel ließ sich Pensionsansprüche in Höhe von 20 Mio. € auszahlen und kassierte für seine zweimonatige Tätigkeit als Vorstandschef im Jahr 2008 über 700.000€^[5]

(Stand: Januar 2018)

Geschäftsleitung

- Hilmar Schneider ist seit März 2016 Vorsitzender der Geschäftsleitung (Direktor) des IZA
- **Martin C. Clemens** ist seit März 2016 Kaufmännischer Geschäftsführer des IZA und gleichzeitig Geschäftsführer des SUN Institute Environment Sustainability sowie Kaufmännischer Geschäftsführer des briq Institute on Behavior & Inequality, die - wie das IZA - von der Deutsche Post-Stiftung als alleiniger Gesellschafterin gegründet worden sind.^[6] Clemens war bis zu seinem Wechsel zum IZA im Jahr 2006 in verschiedenen leitenden Funktionen des Personalmanagements der Deutschen Post DHL tätig.^[7]

(Stand: Januar 2018)

[Klaus F. Zimmermann](#) war seit der Gründung des IZA bis Februar 2016 dessen Direktor

Wissenschaftlicher Beirat

- Thomas von Mitschke-Collande (CSU-Mitglied), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats, Unternehmensberater, ehem. Senior Partner McKinsey
- Jürgen Kluge, Unternehmensberater, Senior Advisor bei Bank of America Merrill Lynch, ehem. Vorstandsvorsitzender Franz Haniel & Cie^[8]
- Andrew J. Oswald, Professor an der University of Warwick
- Christopher A. Pissarides, Professor an der London School of Economics, Wirtschaftsnobelpreis 2010
- Frank-Jürgen Weise (CDU-Mitglied), ehemaliger Leiter der Bundesagentur für Arbeit sowie des Bundesamtes für Migration

(Stand: Januar 2018)

Policy Fellows

Das IZA verfügte über einen Kreis von "Policy Fellows" (dt. Politikkollegen), mit denen es in besonderer Weise kooperierte. Die Vernetzung mit einflussreichen Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Medien und Gesellschaft sollte nach eigenen Angaben dazu beitragen, das Beratungsangebot des Instituts entsprechend zu akzentuieren und seine Forschungsergebnisse noch gezielter in die Öffentlichkeit zu vermitteln. Zu dem Netzwerk gehörten zahlreiche Organisationen der Arbeitgeber und neoliberalen Denkfabriken.

Finanzielle Abhängigkeit und Ausrichtung des Instituts

Das IZA ist eine Tochtergesellschaft der [Deutsche Post-Stiftung](#). Diese ist alleinige Gesellschafterin des Instituts und kann lt. § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags die Geschäftsführer des Instituts bestellen und abberufen sowie die Gesellschaft in einer Frist von 6 Monaten zum Schluß des Geschäftsjahres kündigen (§§ 5 Abs. 2, 12 Abs. 1 Gesellschaftsvertrag).^[9] Die [Deutsche Post-Stiftung](#) ist laut Gesellschaftsvertrag des IZA (Präambel) ihrerseits eine "Stiftung der Deutsche Post AG". Das IZA bezeichnet sich selbst gleichwohl als unabhängiges Forschungsinstitut^[10]. Gemeint ist wohl, dass der Post-Konzern der Tochtergesellschaft seiner Stiftung faktisch ein unabhängiges Agieren einräumt. Diese Annahme scheint jedoch nicht zuzutreffen. IZA-Präsident Klaus Zumwinkel war Vorstandsvorsitzender des Post-Konzerns und mischt sich laut internen Quellen auch ins Tagesgeschäft des IZA ein.^[11] IZA-Geschäftsführer Martin C. Clemens war leitender Mitarbeiter in Konzernunternehmen der Post. Auch im Kuratorium der [Deutsche Post-Stiftung](#) sitzen Personen aus dem Umfeld der [Deutsche Post DHL Group](#). Die weiteren Verflechtungen zwischen Post-Konzern, Deutsche Post-Stiftung und IZA sind unter [Deutsche Post-Stiftung](#) abrufbar. Neben den dort genannten Anhaltspunkten für eine Abhängigkeit des IZA vom Post-Konzern spielt auch die finanzielle Abhängigkeit vom Post-Konzern eine Rolle, der als einer der größten deutschen Arbeitgeber von der arbeitsmarktpolitischen Forschungs- und Beratungstätigkeit des Instituts selbst betroffen ist.

Das IZA finanziert sich zu etwa 80 % über die [Deutsche Post-Stiftung](#).^[12] Nach anfänglicher Auskunftsverweigerung über die Höhe der Zuwendung hat die Deutsche Post AG bestätigt, dass die Stiftung im Rahmen einer bis 2022 laufenden Schenkungsvereinbarung ein Viertel Promille der Umsatzerlöse oder ein Drittel Promille des Personalaufwands des Post-Konzerns erhält.^[13] Im Jahr 2015 betrug der Zufluss an die Stiftung ca. 14 Mio. Euro, deren einzige Aktivitäten bis 2014 in der Förderung und Finanzierung des IZA bestanden. Ein Wirtschaftsunternehmen wie der Post-Konzern wird ein Arbeitsmarktforschungsinstitut nur

initiiieren und in dieser Höhe dauerhaft subventionieren, wenn dessen Ausrichtung seiner Interessenlage als Arbeitgeber gerecht wird. Mit der Einstellung der Finanzierung, die für das IZA existenzgefährdend wäre, verfügt der Post-Konzern außerdem über ein finanzielles Drohpotential, mit dem er das IZA jederzeit "auf Kurs" bringen könnte. Die arbeitsmarktpolitischen Positionen des IZA entsprechen im Wesentlichen denen der Arbeitgeber: Ablehnung des Mindestlohns, Ausweitung des Niedriglohnsektors und Heraufsetzung des Renteneintrittsalters.^[14]

Unter ihrem damaligen Präsidenten [Klaus F. Zimmermann](#) beauftragte das Institut für die Studienreihe "IZA World of Labor" den Mindestlohn-Gegner David Neumark damit, politischen Entscheidungsträgern den Stand der Wissenschaft objektiv zu präsentieren. Die weitaus meisten der Aufsätze oder Bücher, die Neumark in der ZA-Broschüre mit dem Befund negativer Beschäftigungseffekte zitiert, stammen nach einem Bericht im Handelsblatt jedoch von ihm selbst, was kaum erkennbar sei.^[18] Fragwürdig in Sachen neutrale Darstellung sei besonders, dass Neumark selbst das Urteil falle, dass Studien, die negative Effekte finden, methodisch besser seien; wiederum ohne dass der Leser direkt sehen könnte, dass hier jemand Studien seiner wissenschaftlichen Kontrahenten abqualifiziert. Zimmermann verteidigte den Beitrag laut Handelsblatt kompromisslos: "Den Vorwurf, Herr Neumark sei parteiisch, muss ich zurückweisen".

Lobbystrategien und Einfluss

Das IZA gehört zu einem der führenden internationalen Wirtschaftsforschungsinstitute für Arbeitsmarktpolitik mit einem erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung der Arbeitsmärkte.

In der Monatszeitschrift Blätter für deutsche und internationale Politik kritisierte Werner Rügemer „eine neue Form des Lobbyismus“ und nannte in diesem Zusammenhang auch das IZA. Dessen Direktor Klaus F. Zimmermann verklagte daraufhin Werner Rügemer. Die Pressekammer des Landgerichts Hamburg verkündete am 6. 2. 2015 eine Entscheidung, nach der die Aussage, das IZA betreibe Lobbying unzulässig sei. Zulässig sei dagegen die Aussage (als freie Meinungsäußerung und nicht als Tatsachenbehauptung), das IZA bezeichne sich faktenwidrig als unabhängig und von freier Wissenschaft könne beim besten Willen nicht gesprochen werden.^{[15][16][17]}

Fallstudien und Kritik

2014: IZA verklagt den Publizisten Werner Rügemer

Im Mai 2014 verklagte IZA-Chef [Klaus F. Zimmermann](#) den Publizisten Werner Rügemer sowie Peter Kleinert, Herausgeber der Neuen Rheinischen Zeitung (NRhZ). Grund war ein Artikel über Lobbyismus, den Rügemer im August 2013 veröffentlichte. In dem Artikel wird das IZA als Beispiel dafür herangezogen, wie unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit und Unabhängigkeit Interessen vertreten werden. Das IZA klagte dagegen, dass es als 'nicht unabhängig' bezeichnet werde und keine 'freie Wissenschaft' betreibe.

Aus Sicht von LobbyControl ist die Gründung des IZA im Kontext eines erweiterten Lobbying, dem sog. [deep lobbying](#), zu sehen. Dabei geht es darum, über die Einflussnahme auf Öffentlichkeit oder wissenschaftliche Diskurse indirekt bzw. längerfristig auf die Politik einzuwirken. Es ist recht klar, dass es eine Abhängigkeit des IZA von der [Deutschen Post-Stiftung](#) gibt, die in der Präambel des Gesellschaftsvertrags des IZA als eine "Stiftung der Deutschen Post AG, des größten Arbeitgebers in Deutschland" bezeichnet wird.^[18] Die Stiftung stellt den Großteil der Finanzierung und sie ist laut Handelsregister-Unterlagen die alleinige Gesellschafterin des Instituts.^[19] ^[20]

Weiterführende Informationen

Norbert Häring: Ein Sieg für Deutschlands Arbeitnehmer: Klaus Zimmermann verlässt das IZA, Newsblog
Norbert Häring, 16. Dezember 2015

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ IZA (Hrsg.): [15 Jahre IZA: 15 Jahre Arbeitsmarktforschung und Politikberatung](#). 2013. S. 2 (pdf, 13 MB)
2. ↑ z. B. Report No. 20: Bald erstmals weniger als 3 Mio. Arbeitslose in Deutschland, Bonn 2008 und Report No. 15: Die fiskalischen Kosten der SGB-Regelungen zum erleichterten Bezug von Arbeitslosengeld für Ältere, Bonn 2007
3. ↑ Report No. 30: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bonn 2010 und Report No. 25: Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit, Bonn 2010
4. ↑ Gesellschaftsvertrag "Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH" in der Fassung vom 15. Juli 2011, Amtsgericht Bonn, HRB 7745
5. ↑ [Hans Leyendecker: Klaus Zumwinkel 20 Millionen Euro Pension](#), Süddeutsche Zeitung vom 13. März 2009, Website SZ, abgerufen am 09.06.2012
6. ↑ [Über uns](#), sun-institute, abgerufen am 04.01.2018
7. ↑ [Profil](#), iza.org, abgerufen am 04.01.2018
8. ↑ [Kurzvita](#), juergen-kluge.com, abgerufen am 13.10.2017
9. ↑ Gesellschaftsvertrag "Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH" in der Fassung vom 15. Juli 2011, Amtsgericht Bonn, HRB 7745
10. ↑ [Aufgaben und Ziele](#), iza.org, abgerufen am 03.01.2017
11. ↑ [Zumwinkel und seine Bonner Forscher](#), 16.02.2016, general-anzeiger-bonn, abgerufen am 07.07.2017
12. ↑ [Klaus F. Zimmermann - Biographisches](#), Webseite IZA, abgerufen am 20.02.2015
13. ↑ [Finanzierung](#), deutsche-post-stiftung.org, abgerufen am 05.01.2018
14. ↑ [IZA: Neoliberaler Think Tank unter Druck](#), heise.de vom 17.02.2015, abgerufen am 05.01.2018
15. ↑ [Thomas Barth: Neoliberaler Think Tank unter Druck Das Institut für Zukunft der Arbeit und Lobbyismus Vorwürfe](#), Telepolis vom 17. 02. 2015, abgerufen am 19. 02. 2015
16. ↑ [Urteil des Landgerichts Hamburg zum Rügemer-Prozess vom 19. Februar 2015](#), Homepage Klaus F. Zimmermann, abgerufen am 20. 02. 2015
17. ↑ [Was darf Lobbying genannt werden? Ulrich Müller: Institut zur Zukunft der Arbeit verklagt Publizisten](#), 9. Mai 2014, Webseite Lobbycontrol, abgerufen am 20. 02. 2015
18. ↑ [Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 15 Juli 2011](#), Amtsgericht Bonn HRB 7745
19. ↑ [Was darf Lobbying genannt werden? LobbyControl](#) vom 09.05.2014, abgerufen am 12.05.2014
20. ↑ [Unabhängigkeit vor Gericht](#) taz vom 08.05.2014, abgerufen am 12.05.2014